Patrick Bernhard, geb. 1970, 1999 – 2003 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Zeitgeschichte in München, danach Stipendiat am Istituto storico italo-germanico in Trient und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für osteuropäische Geschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg, ab September 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut in Rom.

Abbildungsnachweis:
Zivil. Zeitschrift für Kriegsdienstverweigerer 9 (1964), S. 116

Oldenbourg

Patrick Bernhard
Zivildienst zwischen Reform und Revolte

Quellen und Darstellungen zur
Zeitgeschichte
Herausgegeben vom Institut für
Zeitgeschichte

Band 64

R. Oldenbourg Verlag München 2005

Patrick Bernhard

Zivildienst zwischen Reform und Revolte

Eine bundesdeutsche Institution
im gesellschaftlichen Wandel 1961–1982

R. Oldenbourg Verlag München 2005

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

© 2005 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: <http://www.oldenbourg.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung
außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzu-
lässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikro-
verfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 3-486-57800-6

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	IX
Einleitung	1
1. Die 60er Jahre als Zäsurzeit.	1
2. Fragestellung, Hypothesen und Zielsetzung der Arbeit.	2
3. Die öffentliche Diskussion um „68“ und der Stand der Forschung	5
4. Quellen	8
I. Vorgeschichte und Rahmenbedingungen, 1914–1967	11
1. Die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern durch den Staat bis 1945	11
2. Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst – die Akteure und ihre Grundsatzkonzeptionen	12
a) Ende des „Sonderwegs“ – das Ausland als Vorbild	12
b) The American way – das angloamerikanische Modell und seine Befürworter	14
c) Zivildienst à la Schweden – das kontinentaleuropäische Modell und seine Anhänger	24
3. Das rechtliche Fundament des Dienstes schaffen – der Verfassungs- und Gesetzgebungsprozess, 1946–1960	27
a) „Eine revolutionäre Tat ersten Ranges“ und ihre Relativierung – das Recht auf Kriegsdienstverweigerung im Grundgesetz 1949 und im Wehrpflichtgesetz von 1956.	27
b) Kein zweiter Reichsarbeitsdienst? – das parlamentarische Ringen um die Ausgestaltung des Zivildienstes, 1951–1960	33
4. Das Anerkennungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer	43
5. Die Zahl der Verweigerer und ihre Motive	51
6. Vom Verweigerer zum Zivildienstleistenden – das Einberufungs- system	59
II. Der Aufbau des Zivildienstes und Reformen vor der Revolte, 1961–1967	63
1. Die duale Organisation des Dienstes und seine Finanzierung.	63
2. Arbeit und Ausbildung der Dienstleistenden	68
3. Unterbringung, Disziplin und Kontrolle.	71
4. Verhalten und Arbeitsleistung der Zivildienstleistenden	76

5. Frühe Unzufriedenheit – erste Reformüberlegungen	77
a) Reformieren, abschaffen oder ersetzen? – Prüfungsverfahren und Zivildienst in der Diskussion	77
b) Bestrafen oder befreien? – die Debatte um die totalverweigernden Zeugen Jehovas	90
6. Die Reformnovellen	92
a) Technokratie und Restriktion – die erste Zivildienstnovelle, 1963–1965	92
b) Die „Lex Zeugen Jehovas“ – Liberalisierungen zugunsten der Totalverweigerer ab 1967	103
c) Keine Doppelbestrafung mehr – die geplante Liberalisierung des Wehrdisziplinarrechts ab 1967	106
7. Ergebnisse der Reformen.	107
a) Problemverlagerung: Das Bundesverwaltungsamt als neue Kontrollbehörde	107
b) Raus aus den Jugendheimen – die Einengung der Aufgaben- bereiche	110
c) Verärgerung und Verweigerung – die Reaktionen auf die Novellen	112
III. Revolte, stiller Wandel und staatliche Reaktionen – der Dienst in der Krise, 1968–1973	115
1. Steigende Verweigererzahlen, die APO an der „Sozialfront“ und der Staat	115
a) „Durchlauferhitzer“ Zivildienst – Ideologie und strategische Zielsetzungen der Neuen Linken	116
b) Wer steckt hinter den Aktionen? Die Träger der Kampagne.	124
c) „Aktion 4/3“ – die Werbekampagne der APO	128
d) Die APO macht mobil: „Sex, drugs and rock’n’roll“ und andere Provokationen im Zivildienst	135
e) Mehr Peitsche als Zuckerbrot – Staat und Sozialbetriebe reagieren	147
f) Demokratisierung statt Militarisierung – von der Agit-Prop zu den Protesten und Streiks von 1969	164
g) Faschismus! Die staatlichen Pläne für „Spezialgruppen“ und die Eskalation des Konflikts 1970	180
2. „Akademisierung“ – das gewandelte Sozialprofil der Verweigerer als Ergebnis der Studentenbewegung?	194
3. Von Jesus Christus zu Karl Marx? Die Verweigerer und der Wandel ihrer Motive	196
a) Freiheit und Selbstentfaltung statt Pflicht und Gehorsam – der Wertewandel als Erklärungsmuster für den Motivwandel.	205
b) Entspannungspolitik, Peer-groups und antimilitaristische Subkultur – der Einfluss politischer Entwicklungen und des sozialen Umfelds auf junge Wehrpflichtige	208

IV. Die intensivierte Diskussion um Strukturreformen seit 1969.	219
1. Kirchen, Parteien und Verbände nach 1968.	219
2. Das Bestehende verbessern – die Reformvorschläge der Zivil- dienstträger	233
3. Reformen mit restriktiver Grundtendenz – Die Antwort bürgerlich-konservativer Kreise	237
4. Restriktion vor Liberalisierung – das Reformprogramm der sozialliberalen Regierung.	243
5. Transformation der Gesellschaft – das Friedensdienstkonzept von Linkschristentum, Jugendverbänden, Gewerkschaften und Neuer Linke	248
V. Die Reformgesetzgebung, 1970–1978.	259
1. Das „Artikelgesetz“ von 1972 – die zeitliche Verlängerung des Zivildienstes	259
2. Liberalisierung und Verschärfung – das neue Wehrdisziplinarrecht von 1972	267
3. Kernstück der Reform – das Zivildienstgesetz von 1973	269
a) Was übernehmen von den gesellschaftlichen Forderungen? Der mühsame Weg vom Referenten- zum Regierungsentwurf von 1970	269
b) Sieg für die Opposition – die parlamentarischen Beratungen in erster Runde, 1970–1972.	276
c) Sieg für die Regierung – die parlamentarischen Beratungen in zweiter Runde, 1972/73	291
4. Postkartennovelle '77 – der gedachte Schlussstein der Reformen . .	294
a) Abschaffen contra aussetzen – die wieder aufgerollte Diskussion um die Reform des Prüfungsverfahrens in der sozialliberalen Koalition.	294
b) Nur modifizieren, nicht aussetzen oder abschaffen – die Gegen- konzeption der Opposition	305
c) Neuerliche Obstruktion? – die Postkartennovelle im Parlament	309
d) Judex calculat – die Entscheidung des Bundesverfassungs- gerichts von 1977/78	315
e) Häme, Schelte und Bomben – die Reaktionen auf das Karlsruher Urteil.	320
VI. Umsetzung und Ergebnisse der Reformen, 1973–1982.	325
1. Organisatorischer Aus- und Umbau	325
a) Die neuen Sehnen der Macht: Bundesamt und Regionalbetreuer	325
b) Der Zivildienst wird „ziviler“ – zur Entstaatlichung der Verwaltung.	330
c) Der Zivildienst wird bunter: alternative Organisationen als Träger	334
2. Mehr Geld, mehr Arbeitsplätze – größere Dienstgerechtigkeit? . .	341

3. Ausbau und Qualifizierung von Bildung und Ausbildung	345
a) Die fachlichen Einführungskurse	345
b) Die staatspolitischen Bildungsveranstaltungen	353
4. Gewandelte Einsatzfelder und neue Aufgaben	358
a) Von der stationären hin zur halboffenen, offenen und erweiterten Sozialarbeit	358
b) Von der Ausländerintegration zum Umweltschutz – die neuen Aufgaben	360
5. Die Wende am Ende: Planung, die ambulante Pflege und der sozialpolitische Paradigmawechsel	366
6. Mehr Demokratie gewagt? Zur Frage der Mitbestimmung	375
a) Der Beirat für den Zivildienst	375
b) Mitreden im Betrieb. Die Zivildienstleistenden in den Sozialeinrichtungen	380
7. Vom „Drückeberger“ zum „Helden des Alltags“. Zur Über- normalisierung eines Images	384
Epilog	389
1. Der Zivildienst in den 80er und 90er Jahren – ein Ausblick	389
2. Revolte und Zivildienstreform in internationaler Dimension	391
3. Was blieb von der „68er“-Protestbewegung? Eine Zusammen- fassung	396
Statistischer Anhang	417
Abkürzungsverzeichnis	423
Quellen- und Literaturverzeichnis	427
1. Interviews	427
2. Ungedrucktes Quellenmaterial	427
3. Gedruckte Quellen und Darstellungen	430
Personenregister	459

Vorwort

Die vorliegende Studie ist die überarbeitete Fassung meiner Doktorarbeit, die ich im Oktober 2002 an der Ludwig-Maximilians-Universität München im Fachbereich Geschichte eingereicht habe. An dieser Stelle möchte ich all denen ganz herzlich danken, die mich in den fünf Jahren, in denen ich an dieser Studie gearbeitet habe, in vielfältiger Weise unterstützt haben. Mein Dank gilt zunächst dem Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Prof. Dr. Horst Möller. Er hat nicht nur meine Doktorarbeit betreut, sondern auch für die Finanzierung des Forschungsvorhabens gesorgt und war bei Problemen jederzeit für mich erreichbar. Nicht weniger zu Dank verpflichtet bin ich seinem Stellvertreter, Prof. Dr. Udo Wengst. Herr Wengst hat als Leiter des Projekts „Reform und Revolte. Der Wandel der Gesellschaft der Bundesrepublik in den sechziger und frühen siebziger Jahren“ am Institut für Zeitgeschichte, in das die vorliegende Dissertation eingebunden ist, die Entstehung meiner Arbeit in allen Phasen mit Rat und Tat begleitet und dafür gesorgt, dass ich die Studie in einem vernünftigen Zeitrahmen abgeschlossen habe.

Herrn Prof. Dr. Hans Günter Hockerts danke ich dafür, dass er mir nicht nur die Gelegenheit gab, mein Promotionsvorhaben in seinem Oberseminar und ihm Rahmen eines von ihm mitorganisierten interuniversitären Workshops in Weingarten im November 2001 vorzustellen. Ich danke ihm als Zweitgutachter im Promotionsverfahren vor allem auch für seine stets konstruktiven Verbesserungsvorschläge.

Zahlreiche wichtige Hinweise und Anregungen verdanke ich zudem Prof. Dr. Axel Schildt und insbesondere Dr. Detlef Siegfried von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg, die mich im Mai 2003 und im Juni 2004 zu Vortragsveranstaltungen nach Loccum und Hamburg eingeladen haben.

Viele Kollegen, Freunde und auch mein Vater haben Teile meines Manuskripts Korrektur gelesen und etliche Verbesserungsvorschläge gemacht. Neben meinem Vater danke ich ganz herzlich Prof. Dr. Udo Wengst und Dr. Manfred Kittel sowie meinen Kollegen und Freunden Dietmar Süß und Bastian Hein. Mein ganz besonderer Dank gilt darüber hinaus Katja Klee, die mit größter Sorgfalt das gesamte Manuskript in seiner endgültigen Fassung Korrektur gelesen hat.

Die Studie hätte so nicht entstehen können, wenn mir ich nicht zahlreiche Stellen eine Sondergenehmigung zur Benutzung der Akten erteilt hätten, die an sich noch für die Forschung gesperrt sind. An dieser Stelle sei deshalb allen Entscheidungsträgern ausdrücklich gedankt, namentlich Frau Dr. Susanne Plück vom Bundesfamilienministerium. Ihr Engagement hat mir nicht nur die staatliche Archivüberlieferung fast vollständig zugänglich gemacht. Frau Plück und ihre Kollegen von der „Gruppe Zivildienst“ haben zudem für einzigartige Arbeitsbedingungen im Ministerium gesorgt.

Mein letzter Dank geht an meine Familie und an Alessandra. Sie haben mir in diesen Jahren vieles abgenommen, so dass ich mich ganz auf meine Arbeit kon-

zentrieren konnte. Vor allem aber haben sie mir in den kritischen Momenten immer wieder Mut zugesprochen.

München im Februar 2005

Patrick Bernhard

Einleitung

1. Die 60er Jahre als Zäsurzeit

Wie für die westdeutsche Gesellschaft als ganzes, so bedeuteten die „langen“ 60er Jahre auch für den Zivildienst eine Zeit tiefgreifenden Wandels.¹ Die „Wendejahre“ der Bonner Republik zwischen dem Abschluss der Wiederaufbauperiode am Ende der 50er Jahre und der Ölkrise im Jahr 1973 veränderten jedenfalls die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für diese noch junge, erst 1961 nach der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik ins Leben gerufene staatliche Einrichtung in vielfacher Hinsicht grundlegend.² Allem voran stieg seit 1968 die Zahl derer dramatisch an, die diese Institution jedes Jahr „durchliefen“: die Kriegsdienstverweigerer. Hatten bis dahin nur wenige Tausend junge Wehrpflichtige von ihrem im Grundgesetz garantierten Recht Gebrauch gemacht und den Dienst an der Waffe abgelehnt, so überschritt ihre Zahl genau in jenem „annus mirabilis“ erstmals die Aufsehen erregende Marke von 10000. Ein Jahr später waren es bereits 14000 und 1970 beinahe 20000, die lieber Zivildienst leisten wollten, als zur Bundeswehr zu gehen. Letztlich ungebremst setzte sich diese Entwicklung in den darauf folgenden Jahrzehnten fort: Verweigerten in den 70er Jahren durchschnittlich 40000 Wehrdienstpflichtige pro Jahr den Militärdienst, waren es in den 80er Jahren bereits über 60000 und in den 90er Jahren nicht weniger als 140000.³

In den „langen“ 60er Jahren erlebte der Zivildienst zudem eine echte existenzielle Herausforderung. Auf ihrem „langen Marsch durch die Institutionen“ erreichte die Studentenbewegung im Frühjahr des Jahres 1968 auch die zivile Alternative zum Wehrdienst. Wie viele andere vermeintlich herrschaftssichernde Sozialisationsinstanzen sollte auch diese Einrichtung durch zahlreiche kulturevolutionär aufgeladene Agitationen, Proteste und Streiks „zerschlagen“ werden, so die Kampfansage des militanten Flügels innerhalb der studentischen APO.⁴

Das im Zivildienst zu betreuende Klientel wandelte sich aber auch noch in anderer Hinsicht erheblich. Wie auch in anderen westlichen Staaten kam es im Verlauf der 60er Jahre in der Bundesrepublik zu einer dramatischen Veränderung in der sozialen Zusammensetzung der Kriegsdienstverweigerer.⁵ Besonders bemerkenswert ist dabei der weit überproportionale Anstieg der Zahl der Abiturienten

¹ Zu dieser Periodisierung insbesondere: Marwick, *The Sixties*.

² Schönhoven, *Wendejahre*.

³ Vgl. zur ganz andersartigen Entwicklung in der DDR: Bernhard, *Ungleicher Bruder*.

⁴ Hierzu bereits: Bernhard, *APO an der „Sozialfront“*. Nach wie vor unverzichtbar als Überblick über die APO: Seeliger, *Die Außerparlamentarische Opposition*. Zur Binnendifferenzierung neuerdings: Richter, *Die Außerparlamentarische Opposition*; Schmidtke, *Aufbruch*.

⁵ Zur internationalen Dimension des Wandels in der sozialen Zusammensetzung der Verweigerer: *The new conscientious objection*, S. 113, 123, 201–202.

und Studenten. Während die Verweigerer sich in dieser Hinsicht noch Ende der 50er Jahre nicht von ihren Altersgenossen unterschieden hatten, betrug 1973 der Anteil von Zivildienstleistenden mit höherer Bildung bereits knapp 60%. Trotz Bildungsoffensive lag der Anteil der Abiturienten an allen Schulabgängern im Vergleich dazu gerade einmal bei etwas über zehn Prozent.

Außerdem veränderte sich im Verlauf der 60er Jahre die „Motivationsstruktur“ der Verweigerer grundlegend.⁶ Während noch zu Beginn des Jahrzehnts die meisten jungen Männer aus religiösen Gründen den Wehrdienst abgelehnt hatten, büßte dieses Motiv nur wenige Jahre später fast vollständig an Bedeutung ein. Vor den staatlichen Prüfungsgremien brachten Verweigerer nun stattdessen säkulare, nicht zuletzt politische Argumente für ihre Gewissensentscheidung vor, wie wir zumindest ansatzweise durch zeitgenössische soziologische Studien wissen.⁷

Flankiert wurden diese vielfältigen gesellschaftlichen Veränderungen schließlich von großangelegten staatlichen Reformen. Nachdem bereits 1965 die Regierung Erhard und ab 1967 auch die Große Koalition erste gesetzliche Reformen eingeleitet hatten, versuchte die sozialliberale Koalition im Zuge ihrer Inneren Reformen in den 70er Jahren, auch diesen Politikbereich an der spannungsreichen Schnittstelle von Wehr- und Sozialpolitik grundlegend umzugestalten.⁸ Im Zentrum der sozialliberalen Bemühungen standen dabei zwei Reformwerke: Das innerparteilich wie parlamentarisch heftig umkämpfte Zivildienstgesetz von 1973 – nach Aussage des damaligen Bundesbeauftragten Hans Iven ein „beachtenswertes Teilstück der Inneren Reformen“⁹ – schuf neben vielem anderen die gesetzliche Grundlage für die Errichtung eines eigenen Bundesamts und eines Beirats als Mitbestimmungsgremium. Durch die sog. Postkartennovelle des Jahres 1977 wurde das bis dahin geltende gerichtsähnliche Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer außer Kraft gesetzt, bis das Bundesverfassungsgericht die ebenfalls zwischen Opposition, Bundesregierung und Bundespräsidenten heftig umstrittene Grundsatzentscheidung in einem seiner kontroversesten Urteile bereits ein knappes Jahr später wieder aufhob.¹⁰

2. Fragestellung, Hypothesen und Zielsetzung der Arbeit

Unklar ist allerdings bis heute, in welchem inneren Bedingungsgefüge diese facettenreichen Wandlungsphänomene zueinander standen. Auf den ersten Blick ist jedoch zu vermuten, dass der Studentenbewegung ein größerer Wirkungsanteil zukommt. Zumindest gibt es ganz unverkennbare Korrelationen: So stiegen die

⁶ Krölls, Kriegsdienstverweigerung. Das unbequeme Grundrecht, S. 112.

⁷ Hierzu neuerdings: Bernhard, Von Jesus Christus zu Karl Marx?

⁸ Zu den verteidigungspolitischen Reformen ist bislang in der historischen Forschung wenig bekannt. Die Ausnahme macht: Bald, Bundeswehr. Zu den Sozialreformen: Hockerts, Metamorphosen.

⁹ Iven, Hans: Das Ziel bleibt: Mehr Dienstgerechtigkeit. In: der zivildienst 3/4 (1972), S. 3. Die Reform ist jedoch heute weitgehend in Vergessenheit geraten. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass eine einschlägige Quellensammlung zur Innen- und Gesellschaftspolitik in der Ära Brandt gerade einmal einen Hinweis auf die Reform liefert: Willy Brandt. Berliner Ausgabe, Bd. 7, S. 397.

¹⁰ Hierzu auch: Bernhard, Kriegsdienstverweigerung per Postkarte.

Verweigererzahlen genau in dem Jahr drastisch an, in dem die Notstandsverfassung verabschiedet wurde. Es war ja gerade diese umstrittene Grundgesetzänderung, an der sich in der Bundesrepublik der außerparlamentarische Protest entzündete.¹¹ Zugleich stellte das „Notstandsjahr“ 1968 den Höhepunkt des von der Protestbewegung in allen westlichen Staaten vehement bekämpften Vietnamkriegs dar.¹²

Gleiches lässt sich für den Wandel der Verweigerungsmotive annehmen. Schon Zeitgenossen deuteten die Zunahme politischer Motive als greifbares Resultat der Studentenrevolte und auch die zeitnahe soziologische Forschung glaubte hier einen Zusammenhang erkennen zu können.¹³ Die Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung der Verweigerer scheinen auf den ersten Blick ebenfalls eine Folge der „68er“-Protestbewegung zu sein, wurde diese doch zu einem großen Teil von Studenten getragen.¹⁴

Schließlich liegt auch die Vermutung nahe, dass die Proteste im Zivildienst zwar Reformbestrebungen auf diesem Gebiet nicht erst initiiert haben, aber die sozialliberalen Reformen zumindest zu einem gewissen Grad beeinflusst haben. Dass die Bundesregierung beispielsweise 1974 einen Beirat für den Zivildienst ins Leben rief, sieht zumindest so aus, als habe die studentische Forderung nach „Demokratisierung“ von Staat und Gesellschaft hier tatsächlich ihre Verwirklichung gefunden. Für Zeitgenossen jedenfalls lag der Zusammenhang zwischen Revolte und staatlichem Handeln klar auf der Hand: „Es war wie bei den Universitäten. Erst musste Radau sein, ehe sich der Staat zu Reformen bequeme.“¹⁵

Wenn die Studentenbewegung tatsächlich einen derartigen Einfluss besaß, dann müsste sich das zuerst einmal unmittelbar in den Motiven der Verweigerer widerspiegeln. Vietnamkrieg, Notstandsgesetze, NS-Vergangenheit und die Ablehnung eines als autoritär empfundenen „Systems“ wären demnach die primären Beweggründe der Verweigerer für ihre Ablehnung des Militärdienstes in den späten 60er und frühen 70er Jahren. Notwendig ist somit eine genaue Motivanalyse.

Wenn die Studentenbewegung ferner auch den Wandel in der sozialen Zusammensetzung der Verweigerer verursachte, dann dürfte dieser Veränderungsprozess statistisch erst nach 1967 feststellbar sein. Bis zu den Ereignissen um den Besuch des iranischen Schahs in Berlin Anfang Juni jenes Jahres handelte es sich bei der Studentenbewegung nämlich um ein medial kaum beachtetes Minderheitenphänomen, das lediglich in Berlin zu diesem Zeitpunkt bereits eine etwas größere Bedeutung besaß.¹⁶ „Die Generation des 2. Juni“,¹⁷ wie sich die Protestierenden

¹¹ Nach wie vor grundlegend: Schneider, *Demokratie in Gefahr?*

¹² Herring, *America's longest war*; Frey, *Geschichte des Vietnamkriegs*.

¹³ Vogt, *Die Leidens-Genossen*; Krölls, *Kriegsdienstverweigerung. Das unbequeme Grundrecht*, S. 112. Ähnlich auch: Möhle/Rabe, *Kriegsdienstverweigerer*.

¹⁴ Zur sozialen Zusammensetzung der Protestbewegung liegt bislang keine systematische Untersuchung vor. Hinweise liefern: Allerbeck, *Soziologie*; Rolke, *Protestbewegungen*.

¹⁵ Als Außenseiter bei Außenseitern. In: *Die Zeit* vom 23. 10. 1970.

¹⁶ Lönnendonker/Rabehl/Staadt, *Die Antiautoritäre Revolte*.

¹⁷ So Jens Litten, Mitglied des SDS und des Sozialistischen Hochschulbunds. Zitiert nach: Ausarbeitung „Außerparlamentarische Opposition und Bundeswehr 1968“ von Joachim Engelmann für die SPD-Bundestagsfraktion vom 15. 2. 1969, S. 35. In: *AdsD, SPD-Bundestagsfraktion*, 5. WP, 1842.

den kurz darauf selbst bezeichneten, bevor Anfang der 80er Jahre der Begriff „68er“ aufkam,¹⁸ formierte und radikalisierte sich ja gerade erst durch das „kritische Ereignis“ Schahbesuch.¹⁹

Zudem müssten die Agitationen der „68er“ im Zivildienst auf fruchtbaren Boden gefallen sein, falls die Protestbewegung tatsächlich so wirkungsmächtig war, wie bislang immer angenommen. Zu untersuchen ist also, welche Erfolge die Aktivisten mit ihren Aktionen unter den anderen Zivildienstleistenden und den Mitarbeitern in den Sozialbetrieben sowie in der interessierten Öffentlichkeit verzeichnen konnten, an die sich die Bemühungen der APO richteten.

Dagegen dürfte es sich hinsichtlich der staatlichen Reformen zumeist nur um einen mittelbaren Einfluss von „68“ auf die Politik gehandelt haben. Die bisherige Forschung geht zu Recht von der Annahme aus, dass die Protestbewegung, weil sie über keinen größeren organisatorischen Rückhalt verfügte, „aus sich heraus“ den erstrebten Wandel nicht direkt realisieren konnte, sondern dazu auf intermediäre Instanzen angewiesen war.²⁰ Es gilt somit nach Ingrid Gilcher-Holtey, die genauen Wirkungen der Revolte auf Parteien und Verbände zu analysieren, die wiederum Einfluss auf den parlamentarischen Prozess nahmen. Zu fragen ist dabei auch, inwieweit die Protestbewegung auf ihrem „langen Marsch durch die Institutionen“ Großorganisationen wie die Kirchen oder die Gewerkschaften personell wie ideologisch durchdrang und damit die Rahmenbedingungen für die Akzeptanz der „Ideen von 68“ maßgeblich veränderte.

Methodisch notwendig ist es aber auch, die staatliche Zivildienstpolitik und die Reformkonzepte der gesellschaftlichen und politischen Akteure *vor* der Revolte in den Blick zu nehmen. Nur so lässt sich bestimmen, welche Forderungen der Protestierer sich lediglich mit früheren Reformvorstellungen überlagerten und welche dagegen erst durch die Streiks und Proteste nach 1968 Eingang in gesellschaftliches und staatliches Reformdenken und -handeln fanden. Wo lagen die gemeinsamen Schnittmengen beispielsweise beim Gedanken der Mitbestimmung bzw. in welcher Hinsicht unterschieden sich die Vorstellungen im Einzelnen? So lässt sich auch die Frage nach dem möglichen „Beschleunigungsverhältnis“²¹ von Reform und Revolte klären: Inwieweit erhielten ältere, bis dahin nicht realisierte Forderungen nach Veränderung durch die Studentenbewegung Auftrieb und nun eine Chance auf Umsetzung? Zu fragen ist aber auch umgekehrt, ob die Revolte, die regelrecht militante Züge annahm, nicht im Gegenteil auch bereits existierende Reformansätze wieder zunichte gemacht hat.

Die vorliegende Arbeit versucht mithin, über die Frage nach der Bedeutung der Protestbewegung zugleich die Frage nach den Trägern jenes tiefgreifenden, im Nachhinein „geradezu atemverschlagend“²² anmutenden gesellschaftlichen Wandels exemplarisch auszuloten, der den westdeutschen Nachkriegsstaat spätestens zu Beginn der 60er Jahre mit voller Macht erfasste und etwas mehr als ein Jahr-

¹⁸ Kraushaar, 1968 als Chiffre, S. 258.

¹⁹ Gilcher-Holtey, Die 68er-Bewegung, S. 66–67; Kersting, „Unruhediskurs“, S. 719.

²⁰ Gilcher-Holtey, Protest, Revolte, Kulturrevolution?, S. 13.

²¹ Kersting, Psychiatriereform, S. 285.

²² Herbert, Liberalisierung, S. 7.

zehnt später eine Republik hinterließ, deren Physiognomie sich unbestreitbar „grundlegend verändert“ hatte.²³

3. Die öffentliche Diskussion um „68“ und der Stand der Forschung

Die Fragestellung der vorliegenden Arbeit führt mitten hinein in die immer noch sehr hitzig geführte öffentliche Auseinandersetzung um die Folgen und Wirkungen der Studentenbewegung auf Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik. Während die einen der Protestbewegung die zentrale Rolle bei der unzweifelhaften Veränderung von Staat und Gesellschaft in den 60er Jahren zuweisen,²⁴ sprechen andere von einem völligen Scheitern von „68“.²⁵ Merkwürdigerweise ist das nicht unbedingt eine Frage des politischen Standorts, obwohl die Thematik bis heute politisch hoch aufgeladen ist, wie nicht zuletzt die Debatte um die Vergangenheit von Außenminister Joschka Fischer beweist.²⁶ Befürworter wie Kritiker der Protestbewegung sind oftmals sogar einig in der Überzeugung, dass die Geschichte der Bundesrepublik ganz entscheidend durch die Studentenrevolte geprägt wurde.²⁷

Unterschiedlich sind dann allerdings die jeweiligen Bewertungen der Folgen und Wirkungen, die sich hieraus angeblich ergaben. Je nach eigener Positionierung gerät das Jahr 1968 zum eigentlichen Gründungsdatum der Bundesrepublik,²⁸ die erst ab diesem Zeitpunkt wirklich liberal und demokratisch verfasst gewesen sei,²⁹ oder man beklagt einen vermeintlich von der Studentenbewegung ausgelösten und immer weiter um sich greifenden „Werteverfall“ innerhalb der Gesellschaft.³⁰

Umgekehrt sprechen selbst ehemalige Aktivisten von einer weitgehenden Ergebnislosigkeit ihrer Bemühungen bzw. legen liberale bis konservative Kommentatoren sehr großen Wert auf die Feststellung, dass die westdeutsche Gesellschaft bereits seit den frühen 60er Jahren im Aufbruch begriffen war und der Staat weitreichende Reformen mit liberalisierender Zielsetzung teils lange vor der Revolte eingeleitet hatte.³¹ Nach dieser Lesart war die Revolte oftmals lediglich eine Über-

²³ Schlemmer/Woller, Einleitung. In: Bayern im Bund, Bd. 2, S. 3. Dazu neuerdings auch: Frese/Paulus, Geschwindigkeiten und Faktoren, S. 8. Aus rein politikgeschichtlicher Perspektive kritisch hierzu allein Horst Möller: Was ist Zeitgeschichte, S. 42.

²⁴ '68 und die Folgen.

²⁵ Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation, S. 281–282.

²⁶ Wolfrum, „1968“; Pfeil, Kampf.

²⁷ Einen sehr guten Aufriss über die derzeitigen Frontlinien in der Publizistik bietet: Weber, „Kulturrevolution“; Rudolph, Mehr als Stagnation, S. 141.

²⁸ Manfred Görtemaker spricht etwa von der „Umgründung der Republik“: Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik, S. 475. Deutlich zurückhaltender nun: Görtemaker, Kleine Geschichte.

²⁹ Schildt/Siegfried/Lammers, Einleitung, S. 11.

³⁰ Beispielhaft: Drei Jahrzehnte Umbruch; Heinemann/Jaitner, Ein langer Marsch; ironisch hierzu: Wesel, Die verspielte Revolution, S. 321.

³¹ Hockerts, Das Ende; Herbert, Liberalisierung.

steigerung der Reformbemühungen und behinderte den Fortgang von Reformen sogar eher, anstatt ihn zu befördern.³²

Zumeist stützen sich diese Ansichten allein auf das persönlich Erlebte.³³ Die historische Grundlagenforschung zu den 60er Jahren im Allgemeinen und zur Protestbewegung im Speziellen steht dagegen noch weitgehend am Anfang.³⁴ Die wenigen bisher vorliegenden und erwähnenswerten Überblicksdarstellungen,³⁵ Aufsatzsammlungen³⁶ und Einzeldarstellungen³⁷ zur deutschen Studentenrevolte konzentrieren sich dabei sehr stark auf einzelne Träger der Bewegung, insbesondere den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS),³⁸ deren Ideologie, die Ereignisabfolge, interne Mobilisierungsprozesse oder auf einzelne Regionen und Städte.³⁹ So wichtig diese nicht zuletzt im Umfeld der Bielefelder Historikerin Ingrid Gilcher-Holtey entstandenen Studien auch für das Binnenverständnis der Studentenbewegung auch sind; nach der Wirkung der Proteste auf das gesellschaftliche und staatliche Handeln fragen sie zumeist nicht.⁴⁰ Die hierzu angestellten Überlegungen bleiben aufgrund des eigenen, auf die Protestbewegung eingengten Fragehorizonts rein spekulativ.⁴¹

Aussagekräftiger sind in dieser Hinsicht vielfach Studien, die sich auf der Grundlage einer breiteren historischen Fragestellung und in Langzeitperspektive mit der Geschichte einzelner Politikfelder, gesellschaftlicher Organisationen oder staatlicher Institutionen sowie dem Wandel sozialer Milieus, der politischen Kultur oder von Verhaltensstilen und Handlungsmustern bestimmter gesellschaftlicher Gruppen in der Bundesrepublik beschäftigen.⁴² Hervorzuheben ist hier insbesondere das am Institut für Zeitgeschichte angesiedelte und von Hans Woller geleitete Forschungsprojekt „Gesellschaft und Politik in Bayern“ für die Zeit zwischen 1949 und 1973, aus dem neben drei Sammelbänden auch mehrere Monographien hervorgegangen sind.⁴³ Zu nennen sind weiter die Tübinger bzw. Freiburger

³² Rudolph, *Mehr als Stagnation*, S. 148.

³³ Schildt/Siegfried/Lammers, *Einleitung*, S. 11.

³⁴ Kraushaar, 1968 als *Mythos*, S. 253–347.

³⁵ Gilcher-Holtey, *Die 68er-Bewegung*.

³⁶ 1968. *Vom Ereignis*.

³⁷ Einen guten Forschungsüberblick bietet: Siegfried, *Weite Räume*.

³⁸ Neuerdings hierzu: Lönnendonker/Rabehl/Staadt, *Antiautoritäre Revolte*.

³⁹ Zum Beispiel Strogies, *Die Außerparlamentarische Opposition*.

⁴⁰ Die Ausnahme stellt in gewisser Weise die Arbeit von Michael Schmidtke (Schmidtke, *Aufbruch*) dar, der anhand ausgewählter Problemfelder der Frage nachzugehen versucht, welche Breitenwirkung die Ideen von „68“ innerhalb der Gesellschaft erzielten. Weil Schmidtke jedoch primär die Quellenbestände der Protestbewegung untersuchte und in den wenigsten Fällen die der Parteien und der Verbände, bleibt er die Antwort auf diese in der Tat zentrale Frage in den meisten der von ihm untersuchten Felder schuldig. Hierzu: Bernhard, *Rezension*.

⁴¹ Gilcher-Holtey, *Die 68er-Bewegung*, S. 116. Die Behauptung Gilcher-Holteys etwa, die Regierung Brandt habe mit dem Appell „mehr Demokratie wagen“ nur eine „Leitidee der Bewegung“ übernommen, ist fraglich, da die Mitbestimmungsidee natürlich viel ältere Wurzeln hat. Hierzu neuerdings: Scheibe, *Auf der Suche*, S. 265.

⁴² Sehr instruktive Überblicke vermitteln neuerdings: Siegfried, *Weite Räume*; Nolte, *Einführung*, S. 175–182.

⁴³ *Bayern im Bund*, Bd. 1: *Die Erschließung*, Bd. 2: *Gesellschaft im Wandel*, Band 3: *Politik und Kultur*; Dittmann-Balcar, *Politik*; Süß, *Kumpel*. Es stehen darüber hinaus noch zwei Einzeldarstellungen aus. Eine Projektbeschreibung liefert: Schlemmer, *Gesellschaft*.

Forschungsgruppe um Anselm Doering-Manteuffel⁴⁴ resp. Ulrich Herbert.⁴⁵ Sehr wichtige Beiträge liefern außerdem die Arbeiten der Hamburger Historiker um Axel Schildt⁴⁶ sowie die bei Lutz Raphael in Trier, Jürgen Kocka in Berlin⁴⁷ und Norbert Frei in Bochum⁴⁸ entstehenden Studien zur Bundesrepublikgeschichte, deren vorläufige Erträge in dem kürzlich erschienenen Sammelband „Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch“ vereinigt sind.⁴⁹

Annähernd systematisch ist der Frage nach dem „gesellschaftsgeschichtliche[n] Ort der ‚68er‘-Bewegung“ bislang aber allein das Westfälische Institut für Regionalgeschichte nachgegangen. Die Zwischenergebnisse dieser Arbeit liegen ebenfalls in einem Sammelband vor, der allerdings lediglich kürzere Aufsätze zu einer Reihe ausgesuchter Einzelthemen umfasst.⁵⁰ Das ist umso erstaunlicher, als die Frage nach der Wechselwirkung von Reform und Revolte von der Forschung als eines der wichtigsten Desiderate bezeichnet wird.⁵¹ Ein neues Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte unter der Leitung von Udo Wengst, in das die vorliegende Dissertation eingebunden ist, hat diese Frage nun aufgegriffen. Anhand ausgewählter gesellschaftspolitischer Konfliktfelder will das Projekt „Reform und Revolte. Der Wandel der Gesellschaft der Bundesrepublik in den sechziger und frühen siebziger Jahren“ in den nächsten Jahren dem Zusammenhang von Reform und Revolte in den Auf- und Umbruchjahren der Bundesrepublik nachgehen.⁵²

Noch schlechter fällt der Befund zum Forschungsstand aus, blickt man auf das Thema Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst. Zwar gibt es zumindest für den Bereich Kriegsdienstverweigerung eine Fülle an zeitgenössischer Literatur. Wissenschaftlichen Charakter besitzen aber nur die wenigsten dieser Arbeiten. Dazu zählen vor allem die Studien zur Haltung der Kirchen,⁵³ zur Soziologie der Verweigerer⁵⁴ und zur Verbandsentwicklung der drei großen Kriegsdienstverweigererverbände.⁵⁵ Die Studien enden jedoch spätestens mit dem Jahr 1968 und stützen sich zumeist nur in geringem Maß auf archivalische Quellen.

⁴⁴ Die Ergebnisse der bisherigen Tübinger Forschungsvorhaben, die unter dem Leitgedanken der „Westernisierung“ stehen, fasst zusammen: Doering-Manteuffel, *Wie westlich*. Ihre eigene bisher noch nicht erschienene Arbeit zur Westernisierung von SPD und Gewerkschaften umreißt: Angster, *Vom Klassenkampf*.

⁴⁵ Erste Resultate der laufenden Forschungsvorhaben stellt der jüngst fertig gestellte Sammelband vor: *Wandlungsprozesse in Westdeutschland*.

⁴⁶ Erste Ergebnisse liefert der Sammelband: *Dynamische Zeiten*.

⁴⁷ www.wz-berlin.de/zdk/zg

⁴⁸ Etwa konzipiert Sybille Steinbacher dort eine Gesellschaftsgeschichte der „Sexuellen Revolution“: *Reformzeit des Erfolgsmodells*.

⁴⁹ *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch*.

⁵⁰ *Westfälische Forschungen* 48 (1998), S. 1–357. Zu nennen ist zudem der Aufsatz von Dohms, *Studentenbewegung sowie „1968“ und Akademiereform*.

⁵¹ So Schildt, *Vor der Revolte*, S. 127; Weber, *„Kulturrevolution“*, S. 226; vor allem Kersting, *Rezension zu: Wandlungsprozesse*.

⁵² Bislang umfasst das Projekt folgende weitere Themen: Entwicklungshilfe (Bastian Hein), Bildungspolitik in Hessen und Bayern im Vergleich (Anne Rohstock) und kommunale Kulturpolitik (Manfred Kittel); weitere Studien, etwa zur Umweltpolitik, sind geplant.

⁵³ Kubbig, *Kirche; Konflikte zwischen Wehrdienst; Wehrdienst, Kriegsdienstverweigerung, Zivildienst*.

⁵⁴ Möhle/Rabe, *Kriegsdienstverweigerer; Krölls, Kriegsdienstverweigerung*. Das unbequeme Grundrecht.

⁵⁵ Grünewald, *Internationale; Ders.: Zwischen Kriegsdienstverweigerergewerkschaft; Nieder die Waffen!*

Historische Studien für den Bereich Zivildienst liegen bisher überhaupt noch nicht vor.⁵⁶ Es gilt leider immer noch, was Manfred Laurisch bereits 1959 bemerkte: „Der zivile Ersatzdienst ist ein Stiefkind der Kriegsdienstverweigerungs-Literatur.“⁵⁷ Die wenigen existierenden Arbeiten, die sich überhaupt in Teilen mit dem Thema beschäftigen, enthalten lediglich historische Skizzen auf der Basis des bereits Publizierten.⁵⁸ Sieht man von der Studie von Heinz Bartjes zur Sozialisationsfunktion des Zivildiensts ab, stehen auch sozialwissenschaftliche Untersuchungen bislang noch aus.⁵⁹

4. Quellen

Die bisher marginale wissenschaftliche Resonanz steht in merkwürdigem Kontrast sowohl zur Bedeutung des Themas als auch zur Archivlage, die nur als ausgezeichnet bezeichnet werden kann. Dank der relativ problemlosen Aufhebung der 30-Jahresarchivsperrfrist, für die an dieser Stelle allen Entscheidungsträgern, insbesondere Frau Dr. Susanne Plück noch einmal ausdrücklich gedankt sei, standen für den Untersuchungszeitraum die Bestände von insgesamt 19 Archiven fast uneingeschränkt zur Verfügung. Damit ist das Schriftgut beinahe aller staatlicher Institutionen sowie politischer und gesellschaftlicher Organisationen erfasst, die in der Bundesrepublik je mit den Belangen des Zivildienstes zu tun hatten. Zu nennen sind erstens die staatlichen Bestände. Im Bundesarchiv Koblenz (BArch) bzw. in der Abteilung Militärarchiv in Freiburg (BA-MA) lagern die Akten des bis 1981 für den Zivildienst zuständigen Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung (B 149), des Bundesinnenministeriums (B 106), dem die Zivildienstverwaltung bis 1973 unterstand, des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit (B 189), das seit 1981 die Fachaufsicht über den Zivildienst ausübt, und des Verteidigungsministeriums (BA-MA, Bestand Bundeswehr), in dessen Zuständigkeit bis 1984 das Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer lag. Zum staatlichen Schriftgut kommen hinzu: die noch in der Registratur befindlichen Altakten des heutigen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Bonn, dessen Gruppe Zivildienst heute die ministerielle Fachaufsicht über den Zivildienst ausübt (Reg. BMFSFJ, Gruppe Zivildienst), die Hausarchive des bis 1973 mit der Verwaltung des Zivildienstes betrauten Bundesverwaltungsamts (ABVA) und des danach zuständigen Bundesamts für den Zivildienst (ABAZ), beide in Köln, sowie die Gesetzesdokumentation des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestags in Bonn (BT-PA).

Zweitens wurde die Überlieferung der Parteien und ihrer Fraktionen im Bundestag herangezogen. Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung (ACDP) machte die umfangreichen Bestände der CDU/

⁵⁶ So auch Bartjes, Zivildienst, S. 48–55.

⁵⁷ Laurisch, Der zivile Ersatzdienst, S. I.

⁵⁸ Beckord, Mit meinem Idealismus; Raichle, Zivildienst; Staufer, Ich bin Zivi.

⁵⁹ Bartjes, Zivildienst. Auf die erheblichen Forschungsdefizite hinsichtlich der Beziehungen zwischen Militär und Gesellschaft verweisen: Frevert, Gesellschaft und Militär, S. 7–14; Kühne/Ziemann, Militärgeschichte.

CSU-Bundestagsfraktion und der Bundespartei für den Zeitraum bis Anfang der 80er Jahre zugänglich. Im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung lagern die Akten der CSU-Landesgruppe in Bonn, die für die Forschung allerdings nur bis zum Jahr 1975 einsehbar sind. Das Archiv der sozialen Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD) gewährte ungehinderten Zugang zu den umfangreichen Akten der SPD-Bundestagsfraktion und des Bundesvorstands der Partei. Altbundeskanzler Helmut Schmidt genehmigte darüber hinaus die Benutzung seines dort lagernden Depositums, das wichtige Vorgänge aus seiner Amtszeit sowohl als Verteidigungsminister als auch Bundeskanzler enthält. Die im Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung befindlichen Akten der FDP-Bundestagsfraktion waren dagegen zum Zeitpunkt, in dem der Bearbeiter seine Archivrecherchen betrieb, nur sehr begrenzt einsehbar und konnten deshalb für die vorliegende Studie nicht berücksichtigt werden.⁶⁰

An dritter Stelle sind die Altaktenbestände und Archive der Wohlfahrtsverbände anzuführen, die bis heute Hauptträger des Zivildienstes sind: der Caritas in Freiburg (ADCV), der Diakonie in Berlin (ADW), des Deutschen Roten Kreuzes in Berlin (ADRK) und der Arbeiterwohlfahrt in Bonn (AWBA).⁶¹ Die Altakten folgender Organisationen standen dagegen für die Recherche nicht zur Verfügung: Nach telefonischer Auskunft hat der Paritätische Deutsche Wohlfahrtsverband sein Aktenmaterial für den Bereich Zivildienst vor einigen Jahren komplett vernichtet. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege als Dachorganisation der sechs in Deutschland tätigen Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege und die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG), ebenfalls Zivildienstträger, verweigerten die Einsichtnahme in ihre noch vorhandenen Aktenbestände.⁶²

Mit der Frage Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst war viertens eine Reihe ganz unterschiedlicher gesellschaftlicher Organisationen und Verbände befasst. Das sind zunächst die Evangelische Kirche in Deutschland und ihre Untergliederungen, deren Schriftgut im Evangelischen Zentralarchiv in Berlin (EZA) gesammelt ist. Dort finden sich aber auch die Unterlagen der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen, der Dachorganisation aller am Zivildienst beteiligten Organisationen. Dazu zählen auch die deutschen Quäker, die in den 50er Jahren starken Einfluss auf die Zivildienstpolitik erringen konnten und in Bad Pyrmont über ein eigenes Archiv verfügen (AQ). Zudem besitzt der Bund Deutscher Katholischer Jugend in Düsseldorf ein Hausarchiv (ABDKJ), das nicht nur die Altakten der katholischen Jugendorganisation selbst enthält, sondern auch die der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst (KAK), die im Auftrag der Kirche primär Betreuungs- und Beratungsdienste erfüllte. Die Bestände des Deutschen Gewerkschaftsbunds, als Vertreter der Arbeitnehmerinteressen vor allem mit

⁶⁰ Nach schriftlicher Auskunft der Archivleiterin, Frau Dr. Faßbender, ist bei den betreffenden Fraktionsakten ohnehin grundsätzlich keine Aufhebung der 30-Jahres-Sperrfrist möglich: E-Mail von Monika Faßbender an den Autor vom 15. 2. 2005.

⁶¹ Die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland beschäftigt keine Zivildienstleistenden.

⁶² Telefonische Auskunft von Peter Mengelkoch von der BAGFW vom Juli 2000; Schreiben der DKG an den Autor vom 24. 7. 2000 und telefonische Auskunft von Herrn Molitor am 4. 10. 2001.

den arbeitsrechtlichen Problemen des Zivildienstes befasst, befinden sich in der Friedrich-Ebert-Stiftung (sog. DGB-Archiv). Das Archiv für Soziale Bewegungen Baden in Freiburg (ASB) besitzt als eines der sog. APO-Archive in der Bundesrepublik ebenfalls in einem gewissen Umfang Material zur Fragestellung.⁶³ Daneben verfügt das Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung (AHIS) einschlägiges Archivgut, insbesondere zu den verschiedenen Kampagnen der APO. Schließlich konsultierte der Autor auch das Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München (IfZ-Archiv). Es enthält den Nachlass von Fritz Eberhard, der als SPD-Delegierter im Parlamentarischen Rat das Recht auf Kriegsdienstverweigerung maßgeblich mitbestimmte.

Dort, wo die Überlieferungen unvollständig waren bzw. die Akten schwiegen, konnte der Autor diese Lücken durch Interviews mit Zeitzeugen zum Teil schließen. Der Autor dankt in diesem Zusammenhang den Herren Peter Eiden, Erwin Eipperle, Dieter Gerull, Edgar Müller, Werner Plaggemeier, Horst Steinwender und Hans-Jürgen Willenberg noch einmal ganz herzlich für ihre Auskunftsbereitschaft.⁶⁴

⁶³ Die Studentenproteste der 60er Jahre.

⁶⁴ Notizen über die geführten Interviews im Besitz des Autors, siehe Quellen- und Literaturverzeichnis.

I. Vorgeschichte und Rahmenbedingungen, 1914–1967

1. Die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern durch den Staat bis 1945

Im Gegensatz zu anderen westlichen Staaten existierte bis 1945 in Deutschland kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Zwar hatte der preußische Staat unter Friedrich II. religiösen Minderheiten wie den Mennoniten oder den Quäkern, deren Glaube ihnen jede Gewaltanwendung verbietet,¹ in dieser Hinsicht Privilegien eingeräumt; gegen Zahlung einer Kopfsteuer waren sie vom Militärdienst befreit.² Doch blieb diese entgegenkommende staatliche Haltung letztlich Episode. Bereits 1867, im Vorfeld der Reichseinheit, wurden im gesamten Deutschland prinzipiell alle Ausnahmen von der allgemeinen Militärflicht aufgehoben.³ Die Verweigerung des Militärdienstes sanktionierte das Kaiserreich nun grundsätzlich als strafbare Handlung. Für diejenigen, die den Waffendienst aus Gewissensgründen ablehnten, gab es in Deutschland nur mehr die Möglichkeit, sich zum Sanitätsdienst zu melden.⁴

Zu einem größeren Problem wurde das Fehlen eines solchen Rechts aber erst während des Ersten Weltkriegs. Kriegsdienstverweigerer hatten nach Aburteilung durch Militärgerichte langjährige Haftstrafen zu verbüßen⁵ oder wurden in die Militärpsychiatrie eingewiesen, weil ihr Verhalten als sozialpathologisch galt.⁶ In den letzten Kriegsmonaten kam es schließlich sogar zu standrechtlichen Erschießungen.⁷

Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung verschlechterte sich die Situation für Kriegsdienstverweigerer noch einmal. Hitler, besessen von der Vorstellung, Deutschland habe den Krieg wegen der Deserteure verloren, ließ die militärgesetzlichen Bestimmungen gegen Kriegsdienstverweigerer noch einmal verschärfen.⁸ In Kriegszeiten galt hierfür grundsätzlich die Todesstrafe. Wie viele

¹ Geldbach, Freikirchen, S. 224–231.

² Bredemeier, Kriegsdienstverweigerung, S. 43. Verbunden war das jedoch mit rechtlichen Benachteiligungen.

³ Frevert, Kasernierte Nation, S. 199.

⁴ Müller, Verweigerung.

⁵ Die genaue Zahl ist nicht bekannt: Bredemeier, Kriegsdienstverweigerung, S. 44.

⁶ Hecker, Kriegsdienstverweigerung, S. 9; Hahnenfeld, Kriegsdienstverweigerung, S. 26; Die anderen Soldaten; Zur Geschichte der Militärpsychiatrie allgemein: Lerner, Hysterical Men.

⁷ Genaue Zahlen sind nicht bekannt, man geht in der Forschung bisher lediglich von 150 Todesurteilen aus: Paul, Deserteure, S. 173. Vgl. dazu auch: Bredemeier, Kriegsdienstverweigerung, S. 44; Grünewald, Internationale, S. 10; Hecker, Kriegsdienstverweigerung, S. 9.

⁸ Bredemeier, Kriegsdienstverweigerung, S. 61, 67–68; Die anderen Soldaten.

Deutsche genau zwischen 1939 und dem Ende des Weltkriegs deswegen ihr Leben verloren, ist nicht bekannt. Die NS-Militärjustiz summierte die Verweigerung des Wehrdienstes nämlich unter den weiten, auch andere Straftatbestände umfassenden Begriffen der „Wehrkraftzersetzung“ und der „Desertion“.⁹ Schätzungsweise 20 000 Zivilisten und Soldaten wurden insgesamt wegen einem dieser beiden Tatbestände hingerichtet.¹⁰ Von denen, die sich schon vor ihrer Einberufung offen aus Glaubens- und Gewissensgründen gegen den Dienst an der Waffe aussprachen – über sie wissen wir noch am besten Bescheid –, handelten die meisten aus religiösen Motiven.¹¹ Unverhältnismäßig viele waren Quäker, Mennoniten und Zeugen Jehovas.¹² Das hielt die Katholische wie die Evangelische Kirche jedoch nicht davon ab, verweigernde Kirchenmitglieder scharf zu verurteilen oder die staatliche Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern sogar gut zu heißen.¹³ Der Obrigkeit müsse man gehorchen, außerdem führe sie einen „gerechten Krieg“. Nicht einmal die Bekennende Kirche, der organisierte Widerstand innerhalb der Evangelischen Kirche, stellte diese beiden kirchlichen Doktrinen in Frage.¹⁴

2. Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst – die Akteure und ihre Grundsatzkonzeptionen

a) Ende des „Sonderwegs“ – das Ausland als Vorbild

Unmittelbar nach Kriegsende, als man in Deutschland gerade erst mit der Beseitigung der Kriegsfolgen begonnen hatte und an eine Wiederaufrüstung überhaupt noch nicht zu denken war, erhielt die Frage der Kriegsdienstverweigerung erstaunlicherweise größere Bedeutung. Dass junge Menschen, die an Kriegshandlungen nicht teilnehmen wollten, ab sofort staatlichen Schutz genießen sollten, darüber waren sich angesichts der massiven Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern durch das NS-Regime fast alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte in den westlichen Besatzungszonen einig. Völlig unklar war allerdings noch, wie genau ein solches Recht beschaffen sein sollte und wie der zivile Ersatzdienst aussehen sollte, den die Verweigerer statt des Wehrdienstes ableisten würden. Auf eigene Traditionen und Erfahrungen konnte das westliche Nachkriegsdeutschland dabei jedoch nicht zurückgreifen – ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung hatte

⁹ Garbe, Von „Furchtbaren Juristen“, S. 58; Knippschild, „Für mich ist der Krieg aus“, S. 130; Dörner, Krieg.

¹⁰ Bredemeier, Kriegsdienstverweigerung, S. 85; Garbe, „Du sollst nicht töten“, S. 93; Garbe, Furchtbare Juristen, S. 58. Neuerdings zusammenfassend: Paul, Deserteure, S. 167–202. Hinzuzählen sind zu den 20 000 Todesurteilen noch die 6 000 vor Kriegsgerichten verurteilten Soldaten, die an den Folgen ihrer Haft starben sowie eine unbekannte Zahl von Mitgliedern der Waffen-SS, die wegen Desertion oder Wehrkraftzersetzung zum Tode verurteilt worden waren.

¹¹ Messerschmidt, Das Reichskriegsgericht, S. 369–383; Paul, Deserteure, S. 167–202; 181–185; Garbe, „Du sollst nicht töten“, S. 95–96.

¹² Zur Verfolgung der Zeugen Jehovas neuerdings: Repression und Selbstbehauptung.

¹³ Hartmann/Hartmann, Kriegsdienstverweigerung, S. 18; Garbe, „Du sollst nicht töten“, S. 93; Bredemeier, Kriegsdienstverweigerung, S. 122–123.

¹⁴ Scharffenorth, Konflikte, S. 25–33; Garbe, „Du sollst nicht töten“, S. 93; Bredemeier, Kriegsdienstverweigerung, S. 168; Hartmann/Hartmann, Kriegsdienstverweigerung, S. 18.

es bis dahin ja nicht gegeben. Zudem galt der Reichsarbeitsdienst,¹⁵ der noch am ehesten als Vorbild für einen Zivildienst hätte dienen können, zumindest den Bekundungen vieler Politiker nach als vollständig diskreditiert.¹⁶ Etwas „entscheidend Neues“ wollten die allermeisten Protagonisten aber auch nicht schaffen. Einen deutschen „Sonderweg“ in der Frage der Kriegsdienstverweigerung, der den jeweiligen „Regelungen anderer zivilisierter Länder unseres Kulturkreises“ widersprochen hätte, sollte es nach dem Dafürhalten selbst konservativer Parlamentarier nicht geben.¹⁷ „Wenn kleine Staaten mit wenigen hundert Wehrdienstverweigerern sich derartige Mühe geben haben, müssen wir mindestens die gleiche Sorgfalt anwenden, um der persönlichen Gewissensentscheidung den erforderlichen Spielraum zu geben“, fügten linksevangelische Kreise hinzu.¹⁸ Vorbildcharakter hatte somit das westliche Ausland; die ideelle Westorientierung der Bundesrepublik zeichnet sich also auch bei diesem Thema früh ab.¹⁹

Während alle westlichen Referenzstaaten unterschiedslos ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen durch einfaches Gesetz garantierten und die Berechtigung hierzu in einem gerichtsähnlichen Anerkennungsverfahren vor speziellen Tribunalen überprüften, ergaben sich deutliche Unterschiede hinsichtlich der anzuerkennenden Verweigerungsmotive. So akzeptierten die USA lange Zeit ausschließlich religiöse Gründe, Dänemark, Großbritannien und die Niederlande ließen dagegen früh auch ethisch-moralische zu.²⁰

Aber auch die jeweiligen Zivildienste unterschieden sich deutlich voneinander. Das westliche Nachkriegsdeutschland hatte somit auch hier zu wählen – und zwar zwischen zwei Möglichkeiten: dem sog. kontinentaleuropäischen Modell und dem angloamerikanischen Modell. Bereits im Gefolge des Ersten Weltkriegs eingeführt, war der in Schweden, Norwegen, Dänemark und den Niederlanden praktizierte Zivildienst sehr stark etatistisch ausgerichtet. Wie das gesamte Verteidigungswesen verstand man den Wehrersatzdienst als ausschließlich staatliche Aufgabe, die nur durch die öffentliche Hand organisiert und kontrolliert werden könne. Zivildienstleistende waren deshalb in staatlichen Lagern mit deutlich militärischem Gepräge untergebracht, die Verweigerer unterlagen der Kontrolle durch Aufsichtspersonal, persönliche Freiheiten wurden stark eingeschränkt.²¹ Von den Lagern wurden die jungen Männer ausgeschickt, um Aufgaben im Inte-

¹⁵ Zur Geschichte des RAD neuerdings in vergleichender Perspektive: Patel, Soldaten.

¹⁶ So hatten Repräsentanten deutscher Friedensverbände nach Gesprächen mit Vertretern bundesdeutscher Ministerien zumindest den Eindruck, als habe die Regierung „einigen Horror“ davor, einen Dienst nach Art des früheren Reichsarbeitsdienstes aufzubauen: Protokoll über die Besprechung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände mit der Dienststelle Blank am 14.–15. 10. 1953 in Bonn. In: AQ, Kriegsdienstverweigerung.

¹⁷ So der CDU-Abgeordnete Horst Haasler: Protokoll der 140. Sitzung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsrecht am 18. 6. 1956, S. 9. In: BT-PA, II 277 A 1.

¹⁸ Niederschrift des Referats „Einleitung zum Gespräch über Fragen des Wehrersatzdienstes“ von H. Renkewitz, gehalten auf der Tagung über Fragen des Wehrersatzdienstes am 22.–25. 1956 in Arnoldshain. In: ADW, GHSt., 8381.

¹⁹ Zur primär von Anselm Doering-Manteuffel vertretenen These von der „Westernisierung“ der Bundesrepublik zusammenfassend: Doering-Manteuffel, Im Westen angekommen?; kritisch hierzu: Gassert, Ex Occidente Lux?

²⁰ Giannini, L'obiezione, S. 19–20; Borop-Nielson, Conscriptio; Robbins, The British experience, S. 694 sowie die Länderbeiträge zu Dänemark, Großbritannien, die Niederlande und die USA in: The new conscientious objection.

²¹ Sørensen, Denmark, S. 131, 136, 139.

resse der öffentlichen Hand zu erledigen – der Staat war damit zugleich Dienstherr und Arbeitgeber. In Norwegen, Dänemark und den Niederlanden hieß das Straßenbau, Farm-, Forst- und Kultivierungsarbeiten,²² in Schweden kamen Brandbekämpfung, Instandsetzungsarbeiten bei der Eisenbahn oder der Einsatz in Wasserkraftwerken hinzu. Gemein war diesen Staaten zudem, dass sie versuchten, durch eine im Vergleich zum Militärdienst deutlich längere Dauer des Zivildienstes die Zahl der Kriegsdienstverweigerer niedrig zu halten.²³

Der in Großbritannien seit 1916 und in den USA seit 1940 existierende Zivildienst unterschied sich vom kontinentaleuropäischen Modell grundlegend. Aufgrund eines gänzlich anderen, nämlich liberalen Staatsverständnisses war der Zivildienst dort keine Aufgabe der öffentlichen Hand. Die britische und amerikanische Regierung beschränkten sich im Wesentlichen auf die Kontrollfunktionen und überließen alles andere dem Verweigerer und dessen privatem Arbeitgeber, in der Regel ein Krankenhaus oder ein Altenheim,²⁴ ab den 50er Jahren aber auch Hilfsorganisationen für die Dritte Welt.²⁵ Verweigerer und Arbeitgeber hatten miteinander einen privatrechtlichen Arbeitsvertrag zu schließen. Der Verweigerer war damit nicht dienst-, sondern arbeitspflichtig und besaß auch offiziell den Status eines Arbeitnehmers.²⁶ Unter der Bedingung, dass die Tätigkeit von „nationaler Bedeutung“ war, hatten sich die jungen Männer selbst einen regulären Arbeitsplatz zu suchen. Als Jobbörse bot ein Beirat Hilfe, der sich aus Vertretern der Interessenvereinigungen von Kriegsdienstverweigerern und Mitgliedern religiöser Vereinigungen wie den Quäkern zusammensetzte. Diese „Boards“ wirkten zugleich als vermittelnde Instanz zwischen Staat, Verweigerern und Arbeitgebern.²⁷ Aufgrund der anderen Rechtsnatur des Zivildienstes gab es auch keine Zwangskasernierung in staatlichen Lagern wie auf dem europäischen Festland.²⁸ Schließlich sollte der Zivildienst in den USA und Großbritannien auch nicht abschreckend wirken und dauerte daher lediglich genauso lang wie der Militärdienst.

b) The American way – das angloamerikanische Modell und seine Befürworter

Für ein möglichst weitreichendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung und einen Zivildienst nach angloamerikanischem Muster traten nach 1945, wenn auch mit jeweils eigenen Akzentsetzungen, eine ganze Reihe deutscher Verbände und Organisationen ein: die christliche Friedensbewegung mit den Quäkern an der

²² Gleditsch/Agøy, Norway, S. 122; Vijver, The Netherlands, S. 220–225; Ausarbeitung der Quäker „Conscientious objection in different countries: Norway von Hans-Eirik Aarck von 1967/68. In: AQ, KDV-Material Stuttgart.

²³ Laurisch, Der zivile Ersatzdienst, S. 6–7; Giannini, L’obiezione, S. 214–219, 292–297.

²⁴ Ausarbeitung der Quäker „Conscientious Work Program“ von Mitte der 50er Jahre. In: Reg. BMFSEJ, 77046/A (alt) B, Gr, USA, DK, I.

²⁵ Keim, The CPS story, S. 58–72; Sareyan, The turning point, S. 17–35; Whiteclay Chambers II, Conscientious objectors, S. 39.

²⁶ Schreiben der Deutschen Botschaft London betr. Militärdienstverweigerung und Ersatzdienst vom 22. 11. 1956. In: Reg. BMFSEJ, 77046/A (alt) B, Gr, USA, DK, I.

²⁷ Harries-Jenkins, Britain, S. 69–71, 75.

²⁸ Laurisch, Der zivile Ersatzdienst, S. 18–19.

Spitze,²⁹ die Interessenverbände der Kriegsdienstverweigerer, die SPD, die Gewerkschaften, linksgerichtete Teile der Evangelischen Kirche, die sich vor allem in der Reformierten Kirche zusammenfanden und vom hessisch-nassauischen Kirchenpräsidenten Martin Niemöller, dem Theologen Helmut Gollwitzer und dem Präses der EKD-Synode Gustav Heinemann angeführt wurden,³⁰ die kleine katholische Friedensbewegung Pax Christi um Walter Dirks, die Wohlfahrtsverbände und schließlich – wie sich allerdings erst in den späteren parlamentarischen Beratungen zeigen sollte – auch Kreise innerhalb der konservativ-bürgerlichen Parteien. Die allermeisten dieser Gruppierungen arbeiteten eng in der 1957 eingerichteten „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen“ mit Sitz in Bremen zusammen.³¹ Der Zentralstelle saß zuerst der bekannte Ökumeniker und Sozialwissenschaftler Friedrich Siegmund-Schultze vor, ab 1959 der umtriebige und unermüdlich für Versöhnung und Verständigung mit den östlichen Nachbarn streitende evangelische Oberkirchenrat Heinz Kloppenburg.³²

Aus sehr verschiedenen Gründen verfochten diese Akteure ein umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung, das etwa der Remigrant Fritz Eberhard³³ von der SPD im englischen Exil kennen gelernt und nach Deutschland „importiert“ hatte.³⁴ In den unmittelbaren Nachkriegsjahren besaß ein solches Recht zu-

²⁹ Hinzu kamen der Internationale Versöhnungsbund, der Internationale Zivildienst und die Nothelfergemeinschaft der Freunde, die zusammen die christliche Friedensbewegung in Westdeutschland bildeten: Grünewald, Internationale, S. 36–40.

³⁰ Zu den Positionierungen innerhalb der Evangelischen Kirche der CDU-nahe Jurist und Mitglied des EKD-Rats Ulrich Scheuner: Schreiben von Ulrich Scheuner an das BMVtg, Ministerialdirigent Barth, vom 13. 1. 1956. In: BA-MA BW/1 15892.

³¹ Für eine genaue Auflistung der Mitgliedsverbände und -organisationen: Ciezki, Für das Recht.

³² Heinz Kloppenburg, 1903–1986; Sohn eines Kapitäns; Studium der Theologie bei Rudolf Bultmann und Karl Barth u.a. in Marburg; Pastorat in Wilhelmshaven-Heppens 1932–1937; Gründungsmitglied und Ratsmitglied der Bekennenden Kirche; 1934 Mitunterzeichner der „Dortmunder Erklärung“; 1934–1935 Predigtverbot; Redeverbot und Amtsenthebung 1937; 1941 Wiedereinsetzung; Freundschaft zu Martin Niemöller; nach 1945 Oberkirchenrat in der evangelisch-lutherischen Kirche in Oldenburg; 1947–1950 deutscher Sekretär in der Flüchtlingskommission des Ökumenischen Rates in Genf; 1952–1953 interne Auseinandersetzungen mit der Leitung der Oldenburger Landeskirche; vergebliche Kandidatur zum Landesbischof; Rücktrittsforderungen gegen K.; ab 1953 Referent für gesellschaftspolitische Fragen bei der Synode in Dortmund; Mitglied des 1958 gegründeten Ausschusses für Atomfragen der EKD; bis 1970 Vizepräsident der (Prager) Christlichen Friedenskonferenz (CFK); stellvertretender Vorsitzender von „Kampf dem Atomtod“; seit 1960 Kuratoriumsmitglied der Ostermarschbewegung; 1959–1966 1. Vorsitzender, ab 1967–1991 dann Präsident der Zentralstelle für Schutz und Recht der Kriegsdienstverweigerer e.V.

³³ Fritz Eberhard (eigentlich Hellmut von Rauschenplat), Politiker und Publizist, 1896–1982; Abitur 1914; 1915–1918 Kriegsteilnehmer; 1914–1920 Studium der Staatswissenschaften in Frankfurt, Heidelberg und Tübingen, danach Arbeit im Wohnungsamt der Stadt Dresden und als Lehrer; seit 1922 Mitglied der SPD, seit 1926 Mitglied des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes; 1932–1933 Tätigkeit als Wirtschaftsredakteur; seit 1933 journalistische Arbeit unter dem Namen Eberhard, 1937 Flucht nach Großbritannien, dort Gewerkschaftsarbeit und journalistische Tätigkeit; Rückkehr nach Deutschland 1945; 1945–1946 Programmdirektor bei Radio Stuttgart, danach Mitherausgeber der Stuttgarter Rundschau; 1946–1949 MdL in Württemberg-Baden; seit 1947 Leiter des Deutschen Büros für Friedensfragen in Stuttgart; Vertreter der SPD im Parlamentarischen Rat; 1949–1958 Intendant des Süddeutschen Rundfunks; seit 1961 Professur für Publizistik an der Freien Universität Berlin. Zur Biografie Eberhards seit kurzem: Fritz Eberhard. Rückblicke.

³⁴ Foerster, Innenpolitische Aspekte, S. 425; Grünewald, Internationale; Eberhard, Beginn. Zur Bedeutung der Emigranten für den Prozess des westdeutschen Wiederaufbaues und der Westernisierung: Krohn, Remigranten.

erst einmal deklaratorischen Charakter. Da Deutschland in der Vergangenheit „wesentlich dazu beigetragen“ habe, Kriege herbeizuführen, habe man sich ab sofort von allen internationalen Auseinandersetzungen fernzuhalten. Erschüttert von den Gräueln des vorangegangenen Krieges und der nationalsozialistischen Diktatur, die noch in frischer Erinnerung waren, erklärte etwa einer der führenden Köpfe der SPD, Carlo Schmid, im Jahr 1946 stellvertretend für viele, lieber in einem künftigen Krieg untergehen zu wollen, als noch einmal solche Verbrechen zu begehen wie in dem vorangegangenen.³⁵ Große Teile der Gewerkschaften stimmten dem bei, beim DGB wurde diese Haltung noch verstärkt durch alte antimilitaristische Reflexe.³⁶

Bei Teilen der EKD, insbesondere bei den Reformierten, bestand zudem ein erheblicher Schuldkomplex gegenüber Kriegsdienstverweigerern. Man habe diese Menschen, die sich bei der Verweigerung des Militärdienstes auf Gewissensgründe berufen hatten, sträflich im Stich gelassen, obwohl im evangelischen Glauben gerade das individuelle Gewissen die zentrale Rolle spiele.³⁷ Nicht einmal die Bekennende Kirche habe ihnen, die wie die Juden Opfer des NS-Terrorapparats geworden seien, geholfen. Das Verhalten der Verweigerer könne man angesichts der begangenen Kriegsverbrechen nicht mehr wie bisher als Ausdruck eines „irrenden Gewissens“ abtun.³⁸ Die EKD müsse sich eingestehen, dass man bisher die Bibel einseitig ausgelegt habe. Deren Aussagen zu Krieg und Frieden bzw. Gewalt und Gewaltlosigkeit seien keineswegs so eindeutig, wie bisher immer behauptet, sondern im Gegenteil sehr widersprüchlich.³⁹

Auch hätten die Verweigerer keinen „Verrat“ am Nationalstaat begangen. Der war bei einigen Gläubigen ohnehin in Verruf geraten. Zumindest glaubte ein Teil der EKD das zuvor äußerst positive Verhältnis zum Staat, zur Verteidigung des Vaterlands und zum Militär grundsätzlich neu überdenken zu müssen.⁴⁰ Es gebe doch einen klaren kausalen Zusammenhang zwischen Nationalismus, dem früheren deutschen Militär und dem Hitlerregime. Davon zeigte sich selbst der langjährige Militärbischof Hermann Kunst überzeugt.⁴¹ Einige Gläubige gingen sogar noch weiter und bezeichneten nun jedweden Verteidigungswillen als Ausfluss eines zu verteuflenden Militarismus, der mit dem Nationalsozialismus gleichzusetzen sei.⁴² „Wer den Wehrpass annimmt“, erklärte der Badener Pfarrer Hermann

³⁵ Janning, *Recht auf Kriegsdienstverweigerung?*, S. 23; Weber, Carlo Schmid, S. 277.

³⁶ Köpper, *Gewerkschaften; Trottenberg, Bundeswehr*.

³⁷ Erklärung der „Kirchlichen Bruderschaft im Rheinland“ vom Herbst 1952. Abgedruckt in: *Kirche und Kriegsdienstverweigerung*, S. 53.

³⁸ Denkschrift „Kriegsdienstverweigerung und Gewissensfreiheit“ vom 11. 8. 1948. In: *ADW, Allg. Slg.*, D 53 I; Bieber, *Evangelische Kirche*.

³⁹ Gutachten des Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenrates München über die Frage der Kriegsdienstverweigerung vom 16. 9. 1950. Abgedruckt in: *Kirche und Kriegsdienstverweigerung*, S. 38–39.

⁴⁰ Zusammenfassend: Scharffenorth, *Konflikte*, S. 25–27.

⁴¹ Stellungnahme des Militärbischofs Hermann Kunst vor der 94. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung des Deutschen Bundestages am 1. 6. 1956, Sonderprotokoll, S. 3, 41. In: *Reg. BMFSFJ*, 77001, Bd. 5.

⁴² Beispielhaft die Äußerung eines evangelischen Pfarrers bei einer Beratungsveranstaltung: „Was tut der Christ, wenn er im Krieg Hitlers oder in einem künftigen Kriege Soldat sein soll? Er verweigert den Gehorsam!“: Bericht des Truppenrechtsberaters des II. Korps über die Teilnahme an der „Tagung für evangelische Kriegsdienstverweigerer“ am 24. 6. 1961 in Ulm. In: *BA-MA, BW 1/317734*.

Schäufele in einer Predigt im Jahr 1958, „der müsste eigentlich seinen Taufschein zurückgeben.“⁴³ Die Konsequenz aus dieser veränderten Einstellung gegenüber dem Militär waren die ostentative Ächtung des Kriegs in mehreren kirchlichen Denkschriften zu Beginn der 50er Jahre, die Zusage kirchlicher und politischer Fürsprache für Kriegsdienstverweigerer⁴⁴ und die Ablehnung der westdeutschen Wiederbewaffnung durch einen Teil der EKD, wenn dabei auch konfessionelle und antiwestliche Gründe eine Rolle spielten.⁴⁵ Organisatorisch schlug sich die grundlegend gewandelte Haltung der EKD gegenüber Verweigerern 1956 nieder, als die Kirche im Zuge der Wiederbewaffnung eine eigene Anlaufstelle für Wehrdienstgegner zur Betreuung und Beratung ins Leben rief, die Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK). Die über Jahrzehnte „wichtigste Organisation“⁴⁶ für Kriegsdienstverweigerer wurde bis 1969 vom hessischen Landesjugendpfarrer Fritz Eitel geleitet.⁴⁷

Die Verfechter eines solchen weitreichenden Rechts auf Kriegsdienstverweigerung sahen darin zugleich aber auch eine Chance, mit verhängnisvollen deutschen Traditionsbeständen zu brechen. Ein solches Recht sollte nämlich einen pädagogisch-politischen Auftrag erfüllen: Militarismus und „Hakenkreuzmentalität“, die in Deutschland so lange dominiert hätten, seien für immer auszumerzen.⁴⁸ Mit einem solchen Gesetz könne man die zukunftsichtige Jugend zum Pazifismus und gegen den Militarismus erziehen.⁴⁹

Zudem ließe sich mit einem solchen Recht auf Kriegsdienstverweigerung die Welt von den friedfertigen Absichten eines nach nationalsozialistischer Barbarei geläuterten deutschen Volkes überzeugen. Im Zeitalter des totalen „Atombombenkriegs“, wie es nach Hiroshima bei Carlo Schmid von der SPD hieß, könne Deutschland sogar zu einem Vorbild für die Welt werden. Der bewusste Verzicht auf eine „Politik der militärischen Stärke“ werde vielleicht ein „neues gesundes Prinzip für die Zukunft“ werden, der einen „moralischen Sog auf den Rest der

⁴³ Abdruck eines Interviews mit Hermann Schäufele: Ciezki, Für das Recht, S. 183.

⁴⁴ So während der Synoden von Berlin-Weißensee und Elbingerode in den Jahren 1950 und 1952. Vollständiger Textabdruck: Glaube im Ansturm der Zeit, S. 54–62. Zur Bedeutung der Erklärungen im Selbstverständnis der Kirche: Scharffenorth, Konflikte, S. 19.

⁴⁵ So lehnten Teile der EKD nicht nur die Bundeswehr, sondern auch die Bundesrepublik als Produkt des Katholizismus und der USA ab: Schwarz, Ära Adenauer, S. 123; Sauer, Westorientierung.

⁴⁶ Kepplinger/Hachenberg, Die Fordernde Minderheit, S. 509–510.

⁴⁷ Die verbandlich (und nicht kirchlich) organisierte EAK sollte später auch die Betreuung der Zivildienstleistenden übernehmen: Bieber, Alfred: Evangelische Kirche und Kriegsdienstverweigerung. In: zivil 11/2 (1966), S. 19, 21; Eitel, Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft, S. 64–66. Fritz Eitel, 1924–1988; Studium der Theologie in Marburg, Mainz und Basel; Pfarrer und Landesjugendpfarrer in Hessen-Nassau sowie Leiter der Abordnung der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Deutschlands, war zwischen 1959 und 1969 Vorsitzender der EAK, 1969–1987 als Oberkirchenrat Referent der Kirchenkanzlei der EKD für Fragen der Kriegsdienstverweigerung und der Seelsorge an Zivildienstleistenden; Mitarbeit bei Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste; 1987–1988 Vorsitzender des hessischen Beirats zur Förderung des internationalen Jugendaustauschs sowie des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus im Konzentrationslager Auschwitz.

⁴⁸ So einer der Väter der bayerischen Verfassung, der Unabhängige Hans Nawiascky, zitiert nach Fait, Demokratische Erneuerung, S. 213.

⁴⁹ So der SPD-Abgeordnete Heinz Beck während der 30. Sitzung des Bayerischen Landtags vom 23. 10. 1947. In: Verhandlungen des Bayerischen Landtags. II. Tagung 1947/48, Bd. 2/2, S. 53.

Welt“ ausübe.⁵⁰ Ein solches Kriegsdienstverweigerergesetz sollte demnach als globales Antikriegsgesetz fungieren.⁵¹

In eine ähnliche Richtung zielten die Bestrebungen der linken Interessenverbände der Kriegsdienstverweigerer. Dazu zählte zum einen der Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK), 1958 von linken Gewerkschaftern und SPD-Mitgliedern wie dem IG Metall-Jugendsekretär und Jungsozialisten Hans-Jürgen Wischniewski vorrangig als „Verweigerergewerkschaft“ mit strikt antikommunistischer Ausrichtung gegründet und mit seinen 10000 Mitgliedern bald in der außerparlamentarischen Ostermarschbewegung engagiert. Als dezidiert anti-antikommunistische Organisation verstand sich dagegen die bereits 1947 ins Leben gerufene Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) unter dem bulgarischen Emigranten Theodor Michaltschew – ein 7000 Mitglieder starker Verein, der deswegen im Ruch stand, im Sold Moskaus zu stehen.⁵² Wie Vertreter der beiden Verbände ungeachtet ihrer ideologischen Unterschiede gleichlautend argumentierten, ließen sich Kriege durch ein völlig uneingeschränktes Recht auf Kriegsdienstverweigerung weltweit für immer verhindern, weil dieses die Wehrpflicht ad absurdum führe. Nach den Erfahrungen des letzten Krieges werde sich nämlich niemand mehr freiwillig als Soldat melden, wie Funktionäre des VK und der IdK erklärten, von denen viele den Zweiten Weltkrieg als Soldat erlebt hatten und wie der Journalist Hans-Hermann Köper, Wischniewskis Nachfolger als Vorsitzender des VK, stark kriegsversehrt waren.⁵³

Mit Beginn des Kalten Kriegs, als die Wiederbewaffnung beider deutscher Staaten immer wahrscheinlicher wurde, erhielten die Bestrebungen für ein solches Recht eine enorme Dynamik, bei einigen Akteuren zugleich aber auch eine andere Ausrichtung. Ein neuerlicher Krieg werde nämlich wegen der ungeheuren Vernichtungskraft der Nuklearbomben eine gänzlich andere Dimension als alle anderen zuvor besitzen. „Wir meinten“, beschrieb Militärbischof Hermann Kunst 1956 die Denkprozesse innerhalb der EKD, dass deshalb im „Zeitalter der Atomwaffen ein junger Mann nicht mehr mit derselben inneren Selbstverständlichkeit zum Wehrdienst sich zur Verfügung stellen dürfe wie etwa 1910.“⁵⁴

Aus diesem Grund fassten der wortführende Teil der EKD und die SPD die Kriegsdienstverweigerung auch immer sehr „weitherzig“ auf.⁵⁵ Unter die Kategorie „Verweigerer“ dürften nicht nur diejenigen fallen, die etwa aus religiösen Gründen jegliche Gewaltanwendung unter allen Umständen ablehnten. Schon gar nicht sei eine Eingrenzung allein aufgrund der Zugehörigkeit zu einer religiösen

⁵⁰ So Carlo Schmid in der 3. Sitzung des Verfassungsausschusses der Vorläufigen Volksvertretung am 5. 4. 1946, Abgedruckt in: Quellen zur Entstehung, Bd. 1, S. 14.

⁵¹ So der SPD-Abgeordnete Hansheinz Bauer während der 30. Sitzung des Bayerischen Landtags vom 23. 10. 1947. In: Verhandlungen des Bayerischen Landtags. II. Tagung 1947/48, Bd. 2/2, S. 52.

⁵² Die IdK verstand sich in der Tradition des 1919 gegründeten sozialistischen Bundes der Kriegsgegner um die Frauenrechtlerin Helene Stöcker, konnte aber 1947 personell wie organisatorisch kaum an den Bund anknüpfen. Hierzu: Grünwald, Internationale, S. 12–21. Zum Verband der Kriegsdienstverweigerer: Grünwald, Zwischen Kriegsdienstverweigerergewerkschaft.

⁵³ Nieder die Waffen!, S. 142.

⁵⁴ Stellungnahme des Militärbischofs Hermann Kunst vor der 94. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung des Deutschen Bundestages am 1. 6. 1956, Sonderprotokoll, S. 3. In: Reg. BMFSFJ, 77001, Bd. 5.

⁵⁵ Ebd., S. 4.

Minderheit oder Sekte legitim. Neben der sog. absoluten müsse vielmehr auch die relative Kriegsdienstverweigerung Anerkennung finden, d.h. wenn junge Menschen lediglich bestimmte Waffen wie Nuklearbomben oder gewisse militärische Konstellationen wie beispielsweise den „Bruderkrieg“ gegen die DDR ablehnten.⁵⁶ Es solle zudem keine Gewissensprüfung zur Anerkennung geben. Wenn sich das jedoch nicht verhindern lasse, dann solle die Prozedur wie in Großbritannien zumindest „möglichst formlos“ vonstatten gehen, um die jungen Menschen nicht in emotional-psychische Stresssituation zu treiben. Schließlich sollten auch aktive Soldaten noch einen Antrag als Kriegsdienstverweigerer stellen dürfen. Dafür votierten die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände, einer Vorläuferorganisation der Zentralstelle, aufgrund der eigenen Kriegserlebnisse.⁵⁷

Bei der SPD sah man die Frage der Kriegsdienstverweigerung zu diesem Zeitpunkt allerdings schon etwas differenzierter. Zwar blieb die Partei grundsätzlich bei ihrer Haltung, dass es im künftigen westdeutschen Staat ein starkes Recht auf Kriegsdienstverweigerung geben müsse, und sicherte Verweigerern im Godesberger Programm von 1959 ihren ausdrücklichen Schutz zu. Das Land habe ja einen „Massenschlaf des Gewissens“ hinter sich, weil Millionen Deutsche einfach nur Befehlen gehorcht und getötet hätten, anstatt ihrer inneren Stimme Folge zu leisten, wie Fritz Eberhard mit Emphase 1948 erklärte.⁵⁸ Angesichts der „weltpolitischen Lage“ sei die ostentative Ächtung des Krieges über den Weg der Verweigerung „illusorisch“, fügte Eberhard aber namens des Parteivorstands 1948 sogleich hinzu.⁵⁹ Der neue demokratische Staat müsse sich militärisch gegen die Bedrohung aus dem Osten verteidigen können. Das „Sowjetsystem“ trete nämlich die Menschenwürde mit Füßen.⁶⁰ Besonders der Koreakrieg stelle das ja eindrücklich unter Beweis, wie der kämpferische SPD-Parteivorsitzende Kurt Schumacher bereits 1950 zu erkennen glaubte.⁶¹ Eine „Kriegsdienstverweigerung unter allen Umständen“ dürfe es deshalb ebenso wenig geben wie die Haltung „Nie wieder Krieg“. Er könne sich durchaus Umstände vorstellen, so Eberhard, „wo ich, der ich den Krieg hasse, einen Krieg mitmache, weil er gegen ein System geht, das ich noch mehr hasse“.⁶²

Eine Aushöhlung der Wehrpflicht „mit dem Mittel der Kriegsdienstverweigerung“, wie das innerhalb der eigenen Partei überlegt werde, sei höchst gefährlich. Die SPD sei nun einmal „keine Partei der Kriegsdienstverweigerer“, so die SPD-Wehrexperthen um Fritz Erler 1957.⁶³ Für ein prinzipielles Ja zur Remilitarisierung hatte sich die sozialdemokratische Führung damit sehr früh entschieden, auch

⁵⁶ Volkmann, Die innenpolitische Dimension, S. 527; Wehrdienst, Kriegsdienstverweigerung, Zivildienst, S. 70–71.

⁵⁷ Protokoll über die Besprechung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände mit der Dienststelle Blank am 14.–15. 10. 1953 in Bonn. In: AQ, Kriegsdienstverweigerung.

⁵⁸ So Eberhard im Parlamentarischen Rat: 43. Sitzung des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates am 18. 1. 1949. In: Parlamentarischer Rat. Verhandlungen des Hauptausschusses, S. 545–547.

⁵⁹ Material zur Frage der Kriegsdienstverweigerung, zusammengestellt von Fritz Eberhard für die PV-Sitzung am 2./3. 8. 1948 in Springe. In: IfZ-Archiv, Rep. 177, 76.

⁶⁰ Schulz, Bonn, S. 230.

⁶¹ Schwarz, Ära Adenauer, S. 121; Gosewinkel, Adolf Arndt, S. 284.

⁶² Schulz, Bonn, S. 230.

⁶³ Soell, Fritz Erler, Bd. 1, S. 216–217.

wenn es in der späteren Wiederbewaffnungsdebatte noch zu Rückzugsgefechten mit der Adenauer-Regierung kam.⁶⁴

Aus diesem Grund plädierte die SPD nunmehr lediglich für einen individuellen Schutz derer, die aus Gewissensgründen andere Menschen nicht töten könnten.⁶⁵ Das allein sei die Konsequenz, die man aus den Erfahrungen mit einem diktatorischen Regime zu ziehen habe, dem der einzelne Bürger und dessen Gewissen nichts gegolten hätten.⁶⁶ „Drückeberger“ hingegen wollten selbst Sozialdemokraten wie Georg August Zinn aus dem traditionell linken Hessen von einem solchen Rechtsanspruch unbedingt ausgeschlossen sehen.⁶⁷

Der Idee eines weitreichenden Kriegsdienstverweigerungsrechts entsprach das liberale angloamerikanische Zivildienstmodell, das in der Bundesrepublik die deutschen Quäker vermittelten. Über ihre engen Kontakte zu den Glaubensbrüdern und -schwestern in den USA und Großbritannien, die ja dort den Zivildienst mitorganisierten und bereits über einen großen Erfahrungsschatz verfügten, war diese protestantische Glaubensgemeinschaft um ihren damaligen religiösen Vorstand, der Erzieherin Margarethe Lachmund, bestens über die amerikanische und britische Zivildienstpraxis informiert und warb dann auch unermüdlich bei Parteien, Verbänden und Ministerien in der Bundesrepublik mit umfangreichem Informationsmaterial für das in ihren Augen überlegene angloamerikanische Modell.⁶⁸ Das Vorbild aus Übersee besitze zum einen erhebliche organisatorische Vorteile, weil der Staat ja keinen eigenen Verwaltungsapparat aufbauen müsse, sondern im Wesentlichen auf bereits bestehende und bewährte Strukturen wie die Wohlfahrtsverbände zurückgreifen könne.⁶⁹ Lediglich ein Beirat zur Koordination der Arbeit nach Vorbild der angloamerikanischen Boards sei zu schaffen, dem Vertreter von Jugendverbänden, pazifistischer Organisationen und der Kirchen angehören sollten. Dass die Jugend in diesem Gremium ihr demokratisches Recht auf „Mitverantwortung“ wahrnehmen könne, bedeute zugleich eine zusätzliche administrative Erleichterung.⁷⁰ Ein eigener Parlamentsbeauftragter, das war der einzige vom angloamerikanischen Vorbild abweichende Vorschlag, sollte schließlich sicherstellen, dass die Rechte der Kriegsdienstverweigerer nicht verletzt würden.

Vor allem aber handle es sich beim Zivildienst nach angloamerikanischem Vorbild um die sinnvollere Alternative. Im Gegensatz zu so stupiden Tätigkeiten wie

⁶⁴ Ehlert, Innenpolitische Auseinandersetzungen, S. 430.

⁶⁵ Grünewald, Internationale, S. 36.

⁶⁶ So Eberhard später im Parlamentarischen Rat: 43. Sitzung des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates am 18. 1. 1949. In: Parlamentarischer Rat. Verhandlungen des Hauptausschusses, S. 545–547.

⁶⁷ 15. Sitzung des Ausschusses für Grundsatzfragen, 27. 10. 1948. In: Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, Bd. 5/1, S. 420.

⁶⁸ The experience; Internes Schreiben von Baudissin, BMVtg., an MinDir. Eberhard Barth betr. Besprechung mit Margarete Lachmund vom 19. 4. 1955. In: Reg. BMFSFJ, 77001, Bd. 1.

⁶⁹ Lachmund, Margarethe: Nochmals: Zur Frage der Kriegsdienstverweigerung in Westdeutschland. In: Sonderdruck „Der Quäker“ vom März 1955.

⁷⁰ Vermerk des BMVtg., Abt. VIII, über die Sitzung des Ausschusses für Kriegsdienstverweigerer am 22. 11. 1956. In: Reg. BMFSFJ, 77001, Bd. 4; Erläuterungen zu den Empfehlungen des Ausschusses für Fragen der Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen bei der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände zum Gesetz über den „Zivilen Ersatzdienst“ (Alternativdienst) von November 1956. In: Reg. BMFSFJ, 77001, Bd. 5.

der Forstarbeit diene der Einsatz im Sozialbereich und im Ausland der „Erhaltung des Lebens und dem Frieden“ und damit dem „allgemeinen Wohl“. Gerade für das westliche Nachkriegsdeutschland dränge sich ein solcher Dienst doch förmlich auf. Man denke nur an Wiederaufbaumaßnahmen nach Kriegszerstörungen, die Wiedergutmachungshilfen für NS-Verfolgte oder die Hilfe bei Flüchtlings- und Naturkatastrophen.⁷¹ Lachmund schlug darüber hinaus vor, dass besonders befähigte Kriegsdienstverweigerer ihren Dienst auch im Entwicklungsdienst oder bei internationalen Organisationen im Rahmen ziviler Hilfsprogramme ableisten dürften.⁷² Damit werde die Idee eines echten „Friedensdienstes“ am besten verwirklicht. Zum einen könne man zur Aussöhnung zwischen Deutschland und den von ihm während des Zweiten Weltkriegs überfallenen Staaten Europas beitragen. Zum anderen sah Lachmund im Auslandsdienst die Chance, den Staaten der Dritten Welt zu mehr sozialer Gerechtigkeit und damit – nach dem Friedensverständnis der Quäker, der Internationalen der Kriegsdienstgegner und dem Verband der Kriegsdienstverweigerer – zu einer friedvollen gesellschaftlichen Entwicklung im Inneren zu verhelfen.⁷³ Das wiederum trage zu einer friedvollen Entwicklung dieser Länder nach außen bei und stärke schließlich so den Völkerfrieden.⁷⁴ Der neue Dienst solle deshalb „Friedensdienst“ heißen.

Dem stimmten Teile der EKD voll zu. Aufgrund der gegenseitigen atomaren Bedrohung reiche das Militär als alleiniger Garant des Friedens nicht mehr aus. Der Abschreckungsgedanke in der Verteidigungskonzeption des Westens müsse überwunden werden, da dieser letztlich gerade enorme Gefahren für den Frieden in sich berge. Neben dem Militärdienst, der weiterhin benötigt werde, bedürfe es künftig eines zivilen Friedensdienstes, der einen „geistigen Raum“ für Alternativen zur militärischen Friedenssicherung öffne. Beide Dienste seien deshalb nicht nur gleichwertig, weil sie dem gleichen Ziel dienten. Sie ergänzten sich darüber hinaus und seien wechselseitig aufeinander bezogen. Die Soldaten schützten die freiheitliche Ordnung, durch die Wehrdienstverweigerer ihrem Gewissen überhaupt erst folgen könnten. Auf der anderen Seite wiesen Wehrdienstverweigerer mit ihrer Entscheidung den zukünftigen Weg für einen Weltfrieden, wie die sog. Komplementaritätsformel der Heidelberger Thesen aus dem Jahr 1959 statuierte.⁷⁵ Welche der beiden Dienstformen ein Teil der Evangelischen Kirche aber letztlich favorisierte, machte die letzte der elf Thesen deutlich. Die Gleichrangigkeit gelte nur für die momentane Situation, in der die militärische Verteidigung auf „äußerst fragwürdige Weise“ die Freiheit garantiere. Das reiche bisher „noch“ – so das entscheidende Wort –, um Krieg zu verhindern. Nach einer Übergangszeit seien aber andere Lösungen zur Friedenssicherung notwendig.

⁷¹ Schreiben der Nothelfergemeinschaft der Freunde, Generalsekretär Paul Krahé, an das BMVtg. betr. Internationaler Freiwilliger Friedensdienst vom 30. 6. 1955. In: BA-MA, BW 1/15981.

⁷² Schreiben von Margarethe Lachmund an Friedrich Kühn, Vorsitzender des Arbeitskreises IV für Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Fraktion, vom 28. 11. 1958. In: ACDP, VIII-005-046/2.

⁷³ Seeliger, Die Außerparlamentarische Opposition, S. 121.

⁷⁴ Ausarbeitung der Zentralstelle „Der ‚Deutsche Ausschuss für Fragen der Wehrdienstverweigerung‘ als Vorgänger der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen“ o.D., S. 8. In: EZA, 72/98.

⁷⁵ Die Thesen erarbeitete die evangelische Kommission „Atomzeitalter – Krieg und Frieden“ der evangelischen Studiengemeinschaft in den Jahren zwischen 1957 und 1959: Atomzeitalter, S. 229–233.

Sozialdemokratie und Gewerkschaften konnten zwar mit solch hochfliegenden Vorstellungen wenig anfangen. Unter der Maßgabe, dass Zivildienstleistende den Arbeitnehmern im Sozialbereich keine Konkurrenz machten, stimmten aber auch die SPD und der DGB dem angloamerikanischen Zivildienstmodell zu – so könnten die jungen Männer zumindest einen sinnvollen Dienst im Sozialbereich erfüllen. Die beiden Interessenwahrer der Arbeitnehmerschaft machten jedoch zur Bedingung, dass die zukünftigen Arbeitgeber der Zivildienstleistenden einen Kostenbeitrag leisten müssten und Zivildienstleistende nur „zusätzliche und gemeinnützige“ Arbeit übernehmen dürften.⁷⁶ So entstünden keine „arbeitsmarktpolitischen wie auch tarif- und arbeitsrechtlichen Komplikationen“, weil der Einsatz von Zivildienstleistenden nicht auf das Lohngefüge drücke.⁷⁷ Um die Gleichwertigkeit beider Dienste zu unterstreichen, plädierte Adolf Arndt, der sich wie kaum ein anderer in der SPD für die Rechte von Kriegsdienstverweigerern einsetzte, dafür, die zivile Alternative zum Wehrdienst „Zivildienst“ zu nennen.⁷⁸ Um Benachteiligungen von vorneherein auszuschalten, kämpfte der „Kronjurist“⁷⁹ der SPD aber vor allem für eine gleich lange Dauer von Wehr- und Zivildienst.⁸⁰

Schließlich stimmten auch die Wohlfahrtsverbände, die sich bis dahin kaum an der Diskussion über den Aufbau eines Zivildienstes beteiligt hatten, für das angloamerikanische Zivildienstmodell. Es waren die Quäker gewesen, die die Sozialeinrichtungen davon hatten überzeugen können, dass der Einsatz von Kriegsdienstverweigerern in Anbetracht der chronischen Personalnot von großem Vorteil für sie sei.⁸¹ Doch dazu hatten die Quäker erst enorme Vorbehalte auf Seiten der Sozialeinrichtungen überwinden müssen. Das war weniger ein Problem beim Deutschen Roten Kreuz,⁸² dem Paritätischen Wohlfahrtsverband⁸³ und bei der Arbeiterwohlfahrt gewesen – die ersten beiden Verbände sind auf weltanschauliche Neutralität ausgerichtet und die Arbeiterwohlfahrt steht der SPD sehr nahe.⁸⁴

⁷⁶ Stellungnahme des DGB zum Entwurf eines Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst vom 5. 2. 1958. In: AdsD, DGB-Archiv, Abt. Beamte, 542.

⁷⁷ So das Konzept des sicherheitspolitischen Beraters der SPD, Friedrich Beermann. Das Konzept ist zusammengefasst in: Entwurf eines Schreibens der AWO an den Ausschuss für Friedensfragen der Quäker o.D. In: AWBA, 2 290 ziviler Ersatzdienst.

⁷⁸ Verhandlungen des deutschen Bundestages. 2. WP. Stenographische Berichte, Bd. 31, S. 8594–8595.

⁷⁹ Requate, Standespolitik, S. 428.

⁸⁰ Gosewinkel, Adolf Arndt, S. 383.

⁸¹ Für die Arbeiterwohlfahrt stellte zu Ende der 50er Jahre die Personalnot sogar das „Problem Nummer 1“ innerhalb des Verbands dar: Protokoll der Sitzung der Zentralstelle am 23. 3. 1960 in Bonn. In: EZA, 97/263.

⁸² Als eine bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegründete, auf strikte weltanschauliche Neutralität festgelegte Einrichtung, die sowohl Wohlfahrtsverband als auch Hilfsorganisation im Sinne der Genfer Abkommen ist, sah das DRK „mit Leichtigkeit“ Möglichkeiten, vor allem im Rahmen des Katastrophenschutzes Dienstplätze zu schaffen: Niederschrift über die Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Deutschlands am 28. 1. 1958 (in Abschrift). In: AWBA, 2 290 ziviler Ersatzdienst. Zur Geschichte des DRK: Bernhard, Geschichte.

⁸³ Als 1924 ins Leben gerufen und 1949 wieder begründeter fünfter Wohlfahrtsverband, der alle gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten und andere soziale Einrichtungen inkorporiert, die keinem der anderen vier Wohlfahrtsverbände angehören, legte der DPWV von Anfang an großen Wert auf Toleranz und hatte gegen den Einsatz von Zivildienstleistenden keine Bedenken: Schreiben von Referent Klaus Dörrie an den VK vom 25. 7. 1963. Auszugsweise abgedruckt in: zivil 8/8 (1963), S. 70.

⁸⁴ Der 1919 gegründete und nach 1945 wiederaufgebaute Wohlfahrtsverband fühlte sich in der Pflicht, für „unsere jungen Genossen“ „anständige und würdige Arbeitsplätze“ zu schaffen:

Es waren vielmehr die beiden konfessionellen Wohlfahrtsverbände – das evangelische Diakonische Werk und die katholische Caritas – gewesen, die entweder ihr Einverständnis an erhebliche Bedingungen geknüpft oder größte politische Bedenken gegen den Einsatz von Kriegsdienstverweigerern in ihren Betrieben angemeldet hatten.⁸⁵ So hatte für die diakonischen Sozialeinrichtungen der Einsatz von Zivildienstleistenden „im Zeichen des Kreuzes“ zu erfolgen. Ihre Arbeit müssten die jungen Männer wie alle anderen Mitarbeiter als einen aufopfernden Dienst am Nächsten verstehen, der eine „vorbildhafte und verantwortliche Lebensführung“ und die Einordnung in eine christliche Haus- und Lebensordnung voraussetze.⁸⁶ Die Sozialbetriebe des Diakonischen Werkes baten deshalb fast einmütig, ihnen nur Zivildienstpflichtige zuzuweisen, die aus „ausnahmslos [...] religiös-ethischen Gründen verweigern.“⁸⁷ Dienstleistende, die „erkennbar Atheisten sind oder zu den Zeugen Jehovas bzw. zu Organisationen mit ausgesprochener gottloser Richtung“ gehörten, werde man nicht akzeptieren.⁸⁸

Vor allem waren es aber die politisch-ideologischen Implikationen, die die Aufnahme von Kriegsdienstverweigerern in Einrichtungen des Diakonischen Werkes angeblich mit sich brachten, die abschreckend wirkten. „Es muss Einigkeit darüber bestehen, dass es sich hierbei nicht um eine politische Frage handelt und demzufolge es auch nicht unsere Aufgabe ist, junge Menschen aufzurufen, Kriegsdienst und damit Wehrdienst zu verweigern. Es soll damit sichergestellt werden, dass wir nicht in politische Tagesfragen eingreifen müssen. Evangelischen Christen, die aus Gewissensgründen den Wehrdienst verweigern, die Möglichkeit zu schaffen, in unseren Anstalten den Zivilen Ersatzdienst abzuleisten, darum allein geht es“, erklärte 1959 ein leitender Mitarbeiter der Diakonie.⁸⁹ Innerhalb der Mitarbeiterschaft sprach man die eigenen Ressentiments aber auch offen aus: Kriegsdienstverweigerer seien einfach „Drückeberger“ und „Vaterlandsverräter“. Das zumindest wusste Pfarrer Günter Häußermann, als Mann der ersten Stunde lange Zeit mit dem Zivildienst in Baden-Württemberg befasst, im Rückblick zu berichten.⁹⁰

Doch kam schließlich Druck von oben. Die evangelischen Landeskirchen machten dem Diakonischen Werk klar, dass die EKD unbedingt zu ihrem Wort in Fragen der Kriegsdienstverweigerung stehen müsse.⁹¹ Die Sozialbetriebe stimmten dann auch zu. Das geschah nicht zuletzt auch deswegen, weil sich die Anstal-

Schreiben von Lotte Lemke, Geschäftsführende Vorsitzende des Hauptausschusses der AWO, an das BMA betr. Ziviler Ersatzdienst vom 6. 4. 1960. In: AWBA, 2290 ziviler Ersatzdienst.

⁸⁵ Internes Rundschreiben der Hauptvertretung Bonn des DCV vom 14. 8. 1956. In: ADCV, R 752, Fasz. 01.

⁸⁶ Rückblickend: Gramit, Erhard: Erfahrungen mit Zivildienstleistenden – aus der Sicht des Heimleiters. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 121 (1974), S. 18; Ude, Wilhelm: Friedensdienst. Mitteilung des Friedensdienst-Referenten. In: zivil 6/7 (1961), S. 59.

⁸⁷ Schreiben der Deutschen Seemannsmission an die Hauptgeschäftsstelle des DW vom 26. 10. 1959. In: ADW, HGSt., 8383.

⁸⁸ Schreiben der Bodelschwingschen Anstalten, Michaelis, an die Hauptgeschäftsstelle des DW, Reitzenstein, betr. Ziviler Ersatzdienst vom 21. 3. 1961. In: ADW, HGSt., 8379.

⁸⁹ Bericht von Direktor Geißel auf der Geschäftsführerkonferenz des DW in Korntal vom 28. 10. 1959. In: ADW, HGSt., 8381.

⁹⁰ Erinnerungen an den Anfang, S. 12–15.

⁹¹ Niederschrift über die Sitzung des Evangelischen Arbeitskreises für Ersatzdienstpflicht vom 19. 7. 1960. In: ADW, HGSt., 8379.

ten vom Einsatz von Kriegsdienstverweigerern Kosteneinsparungen versprochen. Da sich in den bereits laufenden parlamentarischen Verhandlungen abzeichnete, dass Kriegsdienstverweigerer wie Wehrdienstleistende lediglich Sold und keinen vollen Arbeitslohn erhalten würden, rechne sich der Einsatz von Zivildienstleistenden finanziell.⁹²

*c) Zivildienst à la Schweden – das kontinentaleuropäische Modell
und seine Anhänger*

Für ein möglichst eingeschränktes Recht auf Kriegsdienstverweigerung und einen Zivildienst nach kontinentaleuropäischem Vorbild plädierten Teile der CDU/CSU, die FDP, die Katholische Kirche sowie die Lutheraner innerhalb der EKD um Walter Künneth.⁹³ Ohne Zweifel müsse man junge Leute, die den Wehrdienst aus Gewissensnöten nicht ableisten könnten, aufgrund der Ereignisse unter dem Nationalsozialismus ab sofort von der Militärflicht frei stellen. Doch gelte es unter allen Umständen auszuschließen, dass „Opportunisten ohne innere Bindung“ das Recht als Vorwand missbrauchten, um „sich der gemeinsamen Verantwortung für den Staat und die Nächsten“ zu entziehen. Das beschloss im Jahr 1952 der evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU – ein Gremium, das gegen die vermeintliche Übermacht der Linksprotestanten ins Leben gerufen worden war.⁹⁴

Ansonsten laufe man Gefahr, dass sich ein allzu großzügiges Verweigerungsrecht zu einem Plebiszit über jeden Krieg entwickle, den eine künftige westdeutsche Regierung für notwendig erachte. Das aber würde in letzter Konsequenz die allgemeine Wehrpflicht ad absurdum führen, wie Horst Haasler von der CDU einige Jahre später bei der Beratung des Wehrpflichtgesetzes ausführte.⁹⁵ Aufgrund der massiven Gefahr, die für Europas durch das „vordringende[...] Sowjetrussland“ ausgehe, käme ein liberale Handhabung, so Richard Jaeger von der bayerischen Schwesterpartei, einem „Selbstmord der Nation“ gleich.⁹⁶ Schließlich sei die Bedrohung des Westens seit den Türkenkriegen nie so groß gewesen.⁹⁷ Stalin warte doch nur darauf, dass die Bundesrepublik sich durch die „Überspitzung“ des Verweigerungsproblems „sozusagen selbst entmanne“.⁹⁸

Ein künftiges Recht auf Kriegsdienstverweigerung gelte es angesichts zu erwartender Verweigererquoten von 25% so weit wie irgend möglich einzugrenzen.⁹⁹

⁹² Protokoll der Sitzung der Zentralstelle am 23. 3. 1960 in Bonn. In: EZA, 97/263.

⁹³ Zur dessen Positionierung: Greschat, Protestantismus und Evangelische Kirche, S. 566, 570.

⁹⁴ Resolution des evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU vom 16. 3. 1952. Zitiert nach: Egen, Entstehung, S. XXXIX–XLI. Beinahe identisch: Schreiben von Heinz Kappes, evangelischer Gemeindedienst Karlsruhe, an Generaldekan Krimm vom 23. 7. 1956. In: ADW, HGSt., 8381. Zur Haltung der FDP in Wehrfragen: Wagner, FDP.

⁹⁵ So der CDU-Abgeordnete Horst Haasler: Protokoll der 140. Sitzung des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht am 18. 6. 1956, S. 11. In: BT-PA, II 277 A 1.

⁹⁶ So Richard Jaeger während der 159. Sitzung des Deutschen Bundestags am 6. 7. 1956: Verhandlungen des deutschen Bundestages. 2. WP. Stenographische Berichte, Bd. 31, S. 8849.

⁹⁷ Jaeger, Richard: Den Geist der Schweiz sollten wir haben. In: Bayernkurier vom 26. 1. 1952.

⁹⁸ Vermerk des BMVtg., Abt. II, betr. Politisches Rundgespräch im NWDR über das Thema „Wehrpflicht – aber Kriegsdienstverweigerung?“, ausgestrahlt am 14. 11. 1951. In: BA-MA, BW/1 317727.

⁹⁹ Möhle/Rabe, Kriegsdienstverweigerer, S. 59.

So dachten CDU/CSU und FDP daran, nur Verweigerern mit „sittlichen und religiösen Überzeugungen“ die Anerkennung zu erteilen. Grundsätzlich dürfe sich bei dem geplanten Recht immer nur um eine „Ausnahmevorschrift“¹⁰⁰ handeln. Die gelte es vielleicht sogar im nächsten Krieg aus Gründen der Staatsräson „auszuheben“, wie der CDU-nahe spätere Staatssekretär im Innenministerium Walter Bargatzky vertraulich in den Akten festhielt.¹⁰¹ Die Pflicht zur Verteidigung der Heimat, die sich nach der festen Überzeugung der bayerischen CSU aus göttlichem Recht herleitete, müsse dagegen stets die Norm bleiben.¹⁰² Schließlich sei die allgemeine Wehrpflicht ja auch das „legitime Kind der Demokratie“. Deren „Wiege“ stehe immerhin im republikanischen Frankreich, verteidigte der spätere Bundespräsident Theodor Heuss von der FDP die diskreditierte deutsche Armee.¹⁰³

Massive Schützenhilfe kam hierbei von der Katholischen Kirche, die nach dem Koreaschock und aufgrund ihres traditionell starken Antikommunismus fast geschlossen die Wiederbewaffnung Westdeutschlands unterstützte. Hinzu kam, dass die Amtskirche im Gegensatz zur EKD größere Distanz zum Nationalsozialismus gehalten hatte und deswegen auch ihre Position zu Nation und Militär nach 1945 nicht grundlegend neu ausrichtete. Jeder Gläubige müsse wissen, dass nach wie vor die Lehre des gerechten Verteidigungskrieges gelte. Katholiken dürften deshalb den Wehrdienst nicht aus Gewissensgründen verweigern, bestätigte Papst Pius XII. 1956 in seiner Weihnachtsansprache.¹⁰⁴ In diesem Zusammenhang sprachen Vertreter der Katholischen Amtskirche gar von „irrenden Gewissen“.¹⁰⁵

Vor allem die Garantie eines solchen Rechts in der künftigen Verfassung gelte es unter allen Umständen zu verhindern. Stattdessen sollte ein einfaches Gesetz – wie in den allermeisten anderen westlichen Staaten – die Frage der Kriegsdienstverweigerung regeln. Mit einem umfassenden Recht auf Kriegsdienstverweigerung, wie es die SPD vorschlage, stünden die Streitkräfte und damit der neue Staat nämlich sonst wieder zur Disposition. Denn da der Staat eine Gewissensprüfung letztlich doch nicht leisten könne, die Verfassung später aber nur mehr schwer oder überhaupt nicht zu ändern sei, sei im Ernstfall ein „Massenverschleiß des Gewissens“ vorprogrammiert, prophezeite Heuss 1949.¹⁰⁶

Um einen massenhaften Ansturm an Kriegsdienstverweigerern zu verhindern, votierten die Vertreter der bürgerlichen Parteien und der Kirchen zum einen für ein strenges Prüfungsverfahren zur Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern.

¹⁰⁰ So der CDU-Abgeordnete Horst Haasler: Protokoll der 140. Sitzung des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht am 18. 6. 1956, S. 8. In: BT-PA, II 277 A 1.

¹⁰¹ Vertraulicher Vermerk des BMI, Ref. Z B 1, betr. Kriegsdienstverweigerer vom 23. 2. 1954. In: BArch, B 106, 28259, Bd. 1.

¹⁰² 30. Sitzung des Bayerischen Landtags vom 23. 10. 1947. In: Verhandlungen des Bayerischen Landtags. II. Tagung 1947/48, Bd. 2/2, S. 52.

¹⁰³ 43. Sitzung des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates am 18. 1. 1949. In: Parlamentarischer Rat. Verhandlungen des Hauptausschusses, S. 545. Kritisch hierzu: Bald, Wehrpflicht, S. 30–45.

¹⁰⁴ Doering-Manteuffel, Katholizismus, S. 5, 9–21, 75–80.

¹⁰⁵ Wehrdienst, Kriegsdienstverweigerung, Zivildienst, S. 11.

¹⁰⁶ Foerster, Innenpolitische Aspekte, S. 425–426.

„Großzügigkeiten“ könne sich der neue Staat angesichts der kommunistischen Bedrohung einfach nicht erlauben, wie der Liberale Studentenbund Deutschlands 1952 postulierte.¹⁰⁷ Zum anderen sollte der „zivile Ersatzdienst“, so der abwerrende Namensvorschlag, möglichst belastend sein und als letzte Nagelprobe für die Ernsthaftigkeit der Gewissensentscheidung der jungen Verweigerer fungieren.¹⁰⁸ Den Ersatzdienst müsse man „recht wenig attraktiv“ machen, so ein Lutheraner, „da er ja ein Opfer sein soll, welches dem des Lebenseinsatzes entsprechen soll.“¹⁰⁹ Auf jeden Fall sollten die Belastungen für Kriegsdienstverweigerer genauso schwer sein wie die der Soldaten, verlangte 1952 Heinrich Krone von der CDU.¹¹⁰ Er werde schon „dafür sorgen, dass den Verweigerern die Lust zu diesem Dienst außerhalb der Streitkräfte versalzen“ werde, versprach 1949 der für den Zivildienst anfangs zuständige Bundesinnenminister Robert Lehr, in der Weimarer Republik Mitglied der rechtskonservativen DNVP.¹¹¹ Dafür bot sich insbesondere das kontinentaleuropäische Modell an, über das die Bundesregierung über die Militärattachés in den Deutschen Botschaften von Oslo, Stockholm und Kopenhagen bestens informiert war, die seit Beginn der 50er Jahre detailliertes Informationsmaterial zusammenzustellen hatten.¹¹² Dass das kontinentaleuropäische Vorbild letztlich sehr stark dem früheren Reichsarbeitsdienst ähnelte, störte die politischen Entscheidungsträger bei CDU, CSU und FDP allen Beteuerungen zum Trotz, man wolle unter keinen Umständen diese NS-Organisation wiedereinführen, anscheinend nicht. Schließlich besäßen doch auch andere westlich-demokratische Staaten einen derartigen Zivildienst, so das auch später noch zu hörende Argument.¹¹³

¹⁰⁷ Bürger, Armee, Staat. Forderung des Liberalen Studentenbunds Deutschlands zu einer künftigen Wehrverfassung. Bonn 1952. In: ADW, Allg. Slg., D 53 I.

¹⁰⁸ Schreiben von Heinz Kappes, evangelischer Gemeindedienst Karlsruhe, an Generaldekan Krimm vom 23. 7. 1956. In: ADW, HGSt., 8381; Gutachten des Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenrates München über die Frage der Kriegsdienstverweigerung vom 16. 9. 1950. Abgedruckt in: Kirche und Kriegsdienstverweigerung, S. 39.

¹⁰⁹ Schreiben von Heinz Kappes, evang. Gemeindedienst Karlsruhe, an Krimm, Generaldekan, vom 23. 7. 1956. In: ADW, GHSt 8381.

¹¹⁰ Interner Vermerk vom 18. 10. 1956. In: ACDP, VII-004-174/1

¹¹¹ Vertraulicher Vermerk des BMI, Unterabt. Z B, betr. Kriegsdienstverweigerer vom 29. 3. 1954. In: BArch, B 106, 28259, Bd. 1. Zur Person Lehrs: Fenske, Robert Lehr, S. 419–421.

¹¹² Bericht Nr. 1148/51 der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Kopenhagen betr. Militärdienstverweigerung in Dänemark vom 6. 8. 1951; Vermerk der Deutschen Botschaft Oslo, Dr. Lucius, betr. Militärdienstverweigerung und Ersatzdienst im Ausland vom 18. 8. 1956; Vermerk der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm betr. Militärdienstverweigerung und Ersatzdienst in Schweden vom 25. 10. 1956. In: Reg. BMFSFJ, 77046/A (alt) F, N, S und 77046/A (alt) B, Gr, USA, DK, I.

¹¹³ Kurzprotokoll über die 108. Sitzung des BT-Ausschusses für Arbeit am 18. 3. 1965, S. 7. In: Reg. BMFSFJ, 7001 [1. Novelle], Bd. 2.

3. Das rechtliche Fundament des Dienstes schaffen – der Verfassungs- und Gesetzgebungsprozess, 1946–1960

a) „Eine revolutionäre Tat ersten Ranges“ und ihre Relativierung – das Recht auf Kriegsdienstverweigerung im Grundgesetz 1949 und im Wehrpflichtgesetz von 1956

Noch ganz unter dem Schock von Krieg und Diktatur schufen vier der neu entstandenen Länder im westlichen Besatzungsdeutschland ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung, bevor der Parlamentarische Rat in den Jahren 1948/1949 die neue deutsche Verfassung und damit das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung für ganz Westdeutschland erarbeitete. Das geschah in den Ländern Bayern, Hessen und Württemberg-Baden durch einfache Gesetze, in Baden durch einen entsprechenden Artikel in der Landesverfassung. Gemein war allen Regelungen, dass sie ein Recht auf Verweigerung ohne jegliche einschränkende Klauseln anerkannten.¹¹⁴

Im Verfassungs- und Gesetzgebungsprozess auf Länderebene gab es noch andere Übereinstimmungen: Nachdem die Abgeordneten der bürgerlich-konservativen Mitte reflexartig zuerst mehrheitlich gegen eine von Mitgliedern der SPD und der KPD vorgeschlagene Rechtsgarantie votiert hatten, erlebten die Landesparlamente in oftmals dramatischen Sitzungen einen radikalen Meinungsumschwung.¹¹⁵ Mochten dabei auch parteitaktische und andere Gründe eine Rolle gespielt haben; das in dieser Zeit bestimmende Motiv war, ein Zeichen des Friedens zu setzen.¹¹⁶

Als sich im September 1948 die Delegierten des Parlamentarischen Rats in Bonn einfanden, um ein Grundgesetz für Westdeutschland auszuarbeiten, hatten sich die Ausgangsbedingungen in der Frage der Kriegsdienstverweigerung jedoch entscheidend verändert.¹¹⁷ Seit Kriegsende waren beinahe drei Jahre vergangen, während derer die Erinnerung an die kriegerischen Ereignisse und den Nationalsozialismus bereits sedimentiert war. Zudem waren die Hauptprobleme bereits in den Regionalparlamenten lang und breit diskutiert worden, d.h. waren die Erfahrungen aus den Jahren zwischen 1933 und 1945 durch den „Filter der Länderverfassungen“ gegangen.¹¹⁸

Vor allem aber hatte in der Zwischenzeit der Kalte Krieg zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR begonnen, dessen Konfliktlinie genau durch das geteilte Deutschland verlief. Nur drei Monate, bevor die Mütter und Väter des Grundgesetzes in der künftigen Hauptstadt Bonn zusammen kamen, hatten die Sowjets mit der Blockade Berlins begonnen, der ehemaligen Hauptstadt des Reichs. Die Gefahr eines neuerlichen Weltkriegs erschien damit immer realer. So nimmt es nicht Wunder, dass im Herbst 1948 nicht nur amerikanische Regierung an die Einbeziehung Deutschlands in die Verteidigung der westlichen Welt dachte,

¹¹⁴ Hecker, Die Kriegsdienstverweigerung, S. 10.

¹¹⁵ Demnächst hierzu: Ferretti, Was lernen.

¹¹⁶ Janning, Recht auf Kriegsdienstverweigerung?, S. 27; Grünewald, Internationale, S. 69.

¹¹⁷ Foerster, Innenpolitische Aspekte, S. 421; Lutz, Krieg und Frieden.

¹¹⁸ Fromme, Von der Weimarer Verfassung, S. 22.

sondern auch im Ausland wie in Westdeutschland eine öffentliche Debatte über einen möglichen Sicherheitsbeitrag des künftigen Weststaates begann.¹¹⁹ Im „Rheinischen Merkur“, einer Adenauer besonders nahe stehenden Wochenzeitung, konnte man Anfang November 1948 einen Leitartikel seines Herausgebers Kramer lesen, der wenigstens für einen „bescheidenen Selbstschutz“ eintrat.¹²⁰ In der „Schwäbischen Post“ wurde man deutlicher: Zur Verteidigung des „Abendlands“ sei eine westdeutsche Verteidigungsarmee aufzubauen.¹²¹

All das verschob die Akzente bei der Frage von Krieg und Frieden in den Beratungen des Parlamentarischen Rats erheblich. Zwar übernahmen die Bonner Delegierten im Kern das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus den Landesverfassungen. Aufgrund der veränderten politischen Großwetterlage wurde es nun jedoch deutlich relativiert. Damit sich der neue demokratische Staat gegen die aggressiven kommunistischen Expansionspläne auch wirklich verteidigen könne, sollten nur diejenigen staatlichen Schutz genießen, die „echte Gewissensgründe“ besäßen, schlugen Friederike Nadig und Fritz Eberhard von der SPD vor.¹²² Demzufolge sollte das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen als Sonderbestimmung des Grundrechts auf Gewissensfreiheit im heutigen Artikel 4 des Grundgesetzes garantiert werden.¹²³ Das allein sei die Lehre, die man aus dem verbrecherischen NS-Regime zu ziehen habe, dem das Individuum und dessen Gewissen nichts bedeutet habe, so Eberhard weiter. Aber mehr noch: Nach der Vorstellung der sozialdemokratischen Delegierten durften sich demnächst lediglich die Mitglieder kleiner religiöser Sondergemeinschaften auf das Recht auf Kriegsdienstverweigerung berufen. Nur Menschen wie die Quäker, die Mennoniten und die Zeugen Jehovas, die zuvor schon im Nationalsozialismus die Aufrichtigkeit ihrer Gewissensentscheidung eindeutig unter Beweis gestellt hätten, sollten im neuen Staat „ihre Gewaltlosigkeit bekunden können ohne Furcht vor dem Richtbock“, erklärte Carlo Schmid Jahre später in einem Interview mit dem Herausgeber der „Zeit“, Gerd Bucerius.¹²⁴

„Drückeberger“ dagegen waren von der neuen Rechtsgarantie ausdrücklich ausgeschlossen, wie der sozialdemokratische Abgeordnete und baldige hessische Ministerpräsident Georg-August Zinn im Parlamentarischen Rat wortwörtlich kund tat. Es war also der beginnende Kalte Krieg, der diesem alten und weit verbreiteten, von der NS-Propaganda lediglich massiv beförderten Stereotyp nun neuerlichen Aufschwung verlieh.¹²⁵ Dem zu erwartenden massenhaften Missbrauch eines solchen Rechts auf Kriegsdienstverweigerung sollte zudem eine „Art

¹¹⁹ Foerster, Innenpolitische Aspekte, S. 430–432.

¹²⁰ Im Vorgelände. In: Rheinischer Merkur vom 6. 11. 1948, S. 1.

¹²¹ Vogel, Rudolf: Westdeutschlands Abwehr. In: Schwäbische Post vom 11. 11. 1948. Zum Abendlanddenken grundlegend: Schildt, Zwischen Abendland und Amerika.

¹²² 43. Sitzung des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates am 18. 1. 1949. In: Parlamentarischer Rat. Verhandlungen des Hauptausschusses, S. 102; Protokoll der 26. Sitzung des Ausschusses für Grundsatzfragen am 30. 11. 1948. In: Der Parlamentarische Rat. Akten und Protokolle. Bd. 5/2, S. 760–762. Siehe dazu auch: Grünwald, Internationale, S. 36.

¹²³ Der Parlamentarische Rat. Akten und Protokolle. Bd. 5/2, S. 761; 17. Sitzung des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates am 3. 12. 1948. In: Parlamentarischer Rat. Verhandlungen des Hauptausschusses, S. 209.

¹²⁴ Bucerius, Gerd: Verweigerung und Gewissen. In: Die Zeit vom 16. 12. 1977.

¹²⁵ Hierzu näher: Janning, Kriegsdienstverweigerung, S. 21–23.

Prüfungsverfahren“ nach englischem Vorbild begegnen, wie Eberhard, der während seines Exils in Großbritannien das britische Recht auf Kriegsdienstverweigerung kennen gelernt hatte, darüber hinaus vorschlug. So ließe sich der Kreis derjenigen, die sich auf eine solche Rechtsgarantie berufen würden, „sehr eng“ halten.¹²⁶

Den sozialdemokratischen Vorschlag formulierte der Vorsitzende des Ausschusses für Grundsatzfragen und Grundrechte, Hermann von Mangoldt von der CDU, ohne inhaltliche Veränderung in folgenden Passus um: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“ Das Nähere sollte einem noch zu erlassenden Gesetz überlassen bleiben.¹²⁷

Trotz dieser Einschränkung wollten einige Delegierte des Parlamentarischen Rats, allen voran Theodor Heuss von der FDP, ein solches grundgesetzlich geschütztes Recht nicht akzeptieren. Die Diskussion um diese Rechtsgarantie geriet vielmehr zu einer der kontroversesten Debatten im Parlamentarischen Rat.¹²⁸ Die Auseinandersetzung über den Artikel erreichte in der zweiten Lesung des Hauptausschusses im Januar 1949 ihren Höhepunkt, als Heuss für dessen ersatzlose Streichung eintrat. Stattdessen schlug Heuss vor, das neue Parlament solle bei Bedarf nach dem Vorbild Großbritanniens ein einfaches Gesetz zur Kriegsdienstverweigerung erlassen.¹²⁹

Sekundiert von Carlo Schmid trat ihm Fritz Eberhard mit der Vorstellung entgegen, dass man in Anbetracht der nationalsozialistischen Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern ein solches Recht durch Aufnahme in den Grundrechtskatalog als unveränderbar festschreiben müsse.¹³⁰ Man müsse über die existierenden Regelungen des Auslands hinausgehen. Dem neuen Staat müssten „bestimmte Schranken“ auferlegt werden, wie Schmid ausführte. Durch diese Bestimmung wolle die SPD nach dem NS-Regime ganz deutlich zum Ausdruck bringen, dass „in diesem Staat die Staatsraison nicht als die oberste Autorität für das Handeln von Staat und Bürger anerkannt“ werde.¹³¹

Heuss, der bereits im württembergisch-badischen Landesparlament ein solches Gesetz nicht hatte verhindern können, setzte sich auch diesmal nicht durch. Nachdem mehrere andere Streichungsanträge von FDP und einzelner Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion ebenfalls erfolglos geblieben waren, votierte der Hauptausschuss mit deutlicher Mehrheit für ein solches Recht – für Heuss eine „erschütternde parlamentarische Niederlage“, wie er später bekannte.¹³²

Der überraschende Sieg der Sozialdemokratie, die in Bonn nicht über die Mehrheit verfügte, ist darauf zurückzuführen, dass auf bürgerlicher Seite eine grund-

¹²⁶ 15. Sitzung des Ausschusses für Grundsatzfragen am 27. 10. 1948. In: Der Parlamentarischer Rat 1948–1949. Akten und Protokolle. Bd. 5/1, S. 420.

¹²⁷ Doemming/Füsslein/Matz, Entstehungsgeschichte, S. 76–77.

¹²⁸ Feldkamp, Der Parlamentarische Rat, S. 60.

¹²⁹ Nachfolgendes, wenn nicht anders angegeben, nach: 43. Sitzung des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates am 18. 1. 1949. In: Parlamentarischer Rat. Verhandlungen des Hauptausschusses, S. 545–547.

¹³⁰ Grünwald, Internationale, S. 36.

¹³¹ So Carlo Schmid im Nachhinein während der Beratung des Wehrpflichtgesetzes in der 157. Sitzung des Deutschen Bundestags. In: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 2. WP. Stenographische Berichte, S. 8578.

¹³² Heuss, Soldatentum, S. 11–12.

sätzliche Meinungsverschiedenheit über die Frage bestand. In den vorangegangenen Fraktionsitzungen hatten es weder Heuss noch Konrad Adenauer verstanden, eine ausreichende Zahl ihrer Parteikollegen von der Richtigkeit ihrer Position zu überzeugen. Die „Vorgänge in der jüngsten Vergangenheit“, aber auch die Erinnerung an „immer wieder erwähnte“ Beispiele von standrechtlichen Erschießungen von Kriegsdienstverweigerern „aus dem Ersten Weltkrieg“, den viele Delegierte des Parlamentarischen Rats als aktive Soldaten selbst erlebt hatten, hatten diese vielmehr zu der Überzeugung gebracht, dass nur die Verfassung ein solches Recht wirksam schützen könne.¹³³ Ein einfaches Gesetz laufe Gefahr, im Falle eines neuerlichen Kriegs einfach außer Kraft gesetzt zu werden, so die Argumentation ihrer Parteigenossen. Dass diese Befürchtung durchaus begründet war, zeigte sich in den folgenden Jahren gleich mehrmals.

Die Reaktionen der interessierten Öffentlichkeit auf die Entscheidung der Verfassungsmütter und -väter waren äußerst ambivalent. Die Stellungnahme der Internationale der Kriegsdienstgegner ist beispielhaft hierfür. Die Organisation bezeichnete zwar in einem offenen Brief die Entscheidung des Parlamentarischen Rates als „eine revolutionäre Tat ersten Ranges“, die die höchste Anerkennung aller Friedensverbände verdiene. Zugleich machte die IdK jedoch größte Bedenken geltend. Sie sah im Artikel 4 eine äußerst „fragwürdige“ Einschränkung, da man nun Kriegsdienstverweigerer zu „jeglicher Art von Kriegs- und Militärdienst zwingen könnte, für deren Ausübung keine Waffen erforderlich sind“. Außerdem artikulierte der Interessenverband die Befürchtung, dass der Staat dieses Recht in den noch zu treffenden Ausführungsbestimmungen faktisch weiter einschränken werde.¹³⁴

Diese Sorgen erwiesen sich als durchaus berechtigt. Die Ausführungsbestimmungen, die 1956 mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Rahmen der westdeutschen Wiederbewaffnung folgten, sollten das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nämlich tatsächlich weiter einengen. Die Restriktivität der gesetzlichen Bestimmungen zeigte sich bereits daran, dass entgegen den Wünschen der Quäker das Amt Blank, die Vorläuferbehörde des Verteidigungsministeriums, hierzu kein eigenes Gesetz entwarf, sondern das Recht auf Kriegsdienstverweigerung im eilbedürftigen Entwurf zum Wehrpflichtgesetz konkretisierte, das im Juli dieses Jahres verabschiedet wurde.¹³⁵ Dass hinter dieser Entscheidung für das Verteidigungsministerium weitaus mehr als gesetzestechnische Erwägungen steckten, war Margarethe Lachmund nach einem langen Telefongespräch mit dem damaligen Referatsleiter für Fragen der Inneren Führung, Wolf von Baudissin, klar. Der hatte ihr bedeutet, dass die Hardthöhe der Angelegenheit bewusst nicht viel eigenes Gewicht geben wolle, um keine unabsichtliche „Propaganda“ für Kriegsdienstverweigerung zu machen. Im Verteidigungsministerium habe man nämlich Angst, dass das Parlament die eigenen Pläne für eine demokratische Armee ange-

¹³³ Daran erinnerte sich der spätere Staatssekretär im Justizministerium Walter Strauß, der bei den Sitzungen zugegen war: Protokoll der 141. Sitzung des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht am 20. 6. 1956, S. 8. In: BT-PA, II 277 A 1.

¹³⁴ Zitiert nach: Seeliger, Die Außerparlamentarische Opposition, S. 122.

¹³⁵ Grundsätzlich: Ehlert, Innenpolitische Auseinandersetzungen.

sichts einer so beflügelten und sich dann möglicherweise radikalisierenden Kriegsdienstverweigerer-Bewegung „begraben“ könnte.¹³⁶

Nach ersten Entwürfen bestimmten lediglich drei Paragraphen im künftigen Wehrpflichtgesetz das Recht auf Kriegsdienstverweigerung näher. Die wichtigste Aussage des Entwurfs lautete: Nur Verweigerer mit „sittlichen und religiösen Überzeugungen“ waren anzuerkennen. Damit waren diejenigen Verweigerer ausgeschlossen, wie eigens betont wurde, die aus „anderen Gründen, insbesondere aus Gegnerschaft gegen den Staat an sich, gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung oder einen bestimmten Krieg“ den Waffendienst ablehnten.¹³⁷ Trotz des „großen Respekts“ vor echten Gewissensgründen sei der Gedanke einer politischen Begründung für die Kriegsdienstverweigerung abzulehnen, führten Vertreter des Amts Blank gegenüber Friedrich Siegmund-Schultze, Martin Niemöller und Helmut Gollwitzer erläuternd aus.¹³⁸ Das öffne sonst der „Drückebergerei“ Tür und Tor. Außerdem sei es ein überholter „nationalistischer“ Standpunkt zu glauben, bei einer etwaigen Auseinandersetzung zwischen Ost und West könne der Gesichtspunkt des „Auf den Bruder Schießenmüssens“ eine Rolle spielen. Der Staat habe das grundsätzlich Recht, bestimmte Gründe anzuerkennen und andere abzulehnen, weil das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein „Akt staatlicher Toleranz“ sei.¹³⁹ Um zu verhindern, dass „politische“ Kriegsdienstverweigerer unter Vorschützung christlicher Beweggründe anerkannt werden würden, sah der Entwurf schließlich ein striktes justizähnliches Prüfungsverfahren vor.

Wie schon im Parlamentarischen Rat erwies sich in der folgenden Diskussion über das Wehrpflichtgesetz im Bundestag der Passus zur Kriegsdienstverweigerung als das „schwierigste Kapitel“.¹⁴⁰ Für Vertreter der anwesenden Presse verlief die entscheidende Debatte am 6. Juli 1956, die sich in einem Sitzungsmarathon von über 18 Stunden bis in die frühen Morgenstunden des nächsten Tages hinzog, sogar so dramatisch wie kaum eine andere in der Geschichte des Bundestags.¹⁴¹ „Nach einer eher akademischen Rede des Juristen Arndt geriet das Haus, obwohl der Erschöpfung nahe“, unter dem Eindruck der Voten des CDU-Abgeordneten

¹³⁶ Schreiben von Margarethe Lachmund an Eric S. Tucker, Quäker London, vom 30. 11. 1954. In: AQ, Kriegsdienstverweigerung.

¹³⁷ Vermerk des Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen betr. Besprechung über ZED am 23. 12. 1954. In: Reg. BMF/SFJ, 77001, Bd. 1.

¹³⁸ Protokoll über die Besprechung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände mit der Dienststelle Blank am 14.–15. 10. 1953 in Bonn. In: AQ, Kriegsdienstverweigerung; Bericht des BMVtg. über die Besprechung am 4. März 1955 über das Ausführungsgesetz zu Art. 4 Abs. 3 Grundgesetz vom 7. 3. 1955. In: BA-MA BW/1 15981.

¹³⁹ Brief M. Niemöller an das Bundeskanzleramt, Ministerialdirigent Barth, vom 20. 5. 1955. In: BA-MA BW/1 15981.

¹⁴⁰ So der CDU-Abgeordnete und Berichterstatter Georg Kliesing während der zweiten Lesung des Wehrpflichtgesetzes in der 157. Sitzung des Deutschen Bundestags. In: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 2. WP. Stenographische Berichte, S. 8578. Zum Folgenden siehe vor allem: Ehler, Innenpolitische Auseinandersetzungen, S. 530–535.

¹⁴¹ Dritte Lesung des Wehrpflichtgesetzes in der 159. Sitzung des Deutschen Bundestags am 6. 7. 1956. In: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 2. WP. Stenographische Berichte, S. 8766–8880.

Peter Nellen, der sich vehement für die Position der Opposition stark machte,¹⁴² und des SPD-Sprechers Carlo Schmid derart in den Bann der Problematik, „dass man eine Stecknadel hätte fallen hören. Eine stundenlange Diskussion um die Machtgrenzen des Staates gegenüber dem Gewissen ist vielleicht nur in einem deutschen Parlament möglich; aber es war das ‚bessere Deutschland‘, das hier sprach und um die Klärung auch des eigenen Gewissens rang“, so die „Neue Zürcher Zeitung“ fasziniert.¹⁴³

Zwei Fragen waren in einer der „größten Stunden des Bundestags“, wie auch „Die Welt“ schrieb,¹⁴⁴ besonders umstritten: erstens, ob die Bestimmungen zur Kriegsdienstverweigerung insgesamt das Grundrecht einschränkten und damit verfassungswidrig seien, wie die SPD behauptete, und zweitens, welche Gründe für die Kriegsdienstverweigerung anzuerkennen waren.¹⁴⁵ Während die Abgeordneten der SPD zusammen mit geladenen Vertretern der Evangelischen Kirche dafür eintraten, in der letzten Frage großzügig auch die sog. situative Kriegsdienstverweigerung anzuerkennen, hielten Teile der Regierungskoalition an den einschränkenden Bestimmungen fest.¹⁴⁶ Wenn man liberaler verfare, werde die allgemeine Wehrpflicht ausgehöhlt, weil sich dann zu viele Verweigerer meldeten. Angesichts künftiger Musterungsjahrgänge mit nur 280000 Wehrpflichtigen werde der Bestand der Bundeswehr bald nicht mehr garantiert sein, so Verteidigungsminister Theodor Blank.¹⁴⁷ Man müsse endlich akzeptieren, dass die Kriegsdienstverweigerer „durch ihre Haltung keinen echten Beitrag zur Erhaltung des Friedens leisten, sondern dass dies vielmehr durch diejenigen geschehe, die sich ihrer staatsbürgerlichen Verpflichtung nicht entzögen“.¹⁴⁸ Unter den Bedingungen der massiven Bedrohung Europas durch das „vordringende [...] Sowjetrussland“ besitze die Verteidigung des Vaterlands – Richard Jaeger von der CSU sprach in diesem Zusammenhang gar von „Notwehrpflicht des Volkes“ – absolute Priorität vor dem individuellen Gewissen.¹⁴⁹

Ein Kompromiss, ausgehandelt von den Vertretern der EKD, fand sich schließlich doch. Alle aus Gewissensgründen – gleich welcher Art – handelnden Kriegsdienstverweigerer waren anzuerkennen, solange sie sich zugleich auf absolute Gewaltlosigkeit verpflichteten. Ausgeschlossen waren dadurch allerdings Wehrpflichtige, die den Militärdienst verweigerten, weil sie einen „Bruderkrieg“ mit der DDR oder den Einsatz von Atomwaffen befürchteten. Zugleich machte der Gesetzgeber jedoch klar, dass die Antragstellung keinerlei zeitlichen Einschränkungen unterlag. Grundsätzlich konnten auch noch Wehrdienstleistende in der Bundeswehr und Reservisten den Dienst an der Waffe verweigern. Die Echtheit

¹⁴² Fraktionsitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 3. 7. 1956. In: Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1953–1957, 2. Hbd.: 1956–1957, S. 1157.

¹⁴³ Die Neue Zürcher Zeitung vom 8. 7. 1956.

¹⁴⁴ Der Irrtum. In: Die Welt vom 18. 2. 1958.

¹⁴⁵ Gosewinkel, Adolf Arndt, S. 382–383.

¹⁴⁶ Protokoll der 140. Sitzung des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht am 18. 6. 1956. In: BT-PA, II 277 A 1.

¹⁴⁷ Fraktionsitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 5. 7. 1956. In: Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1953–1957, 2. Hbd. 1956–1957, S. 1167.

¹⁴⁸ So Paul Bausch von der CDU: Fraktionsitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 3. 7. 1956. In: Ebd., S. 1158.

¹⁴⁹ Ehlert, Innenpolitische Auseinandersetzungen, S. 530 und 532.

ihrer Gewissensentscheidung sollten alle Kriegsdienstverweigerer allerdings wiederum in einem gerichtsähnlichen Anerkennungsverfahren unter Beweis stellen, das im Wehrpflichtgesetz ebenfalls grundsätzlich geregelt wurde. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung wurde damit, trotz der Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Regierungsentwurf, weiter eingeschränkt.¹⁵⁰

Das sah auch das Bundesverfassungsgericht in seiner ersten Grundsatzentscheidung zum Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus dem Jahr 1960 so, wo es um den Fall eines jungen Wehrpflichtigen ging, der allein aufgrund der deutschen Teilung den Dienst an der Waffe ablehnte. Nach Ansicht von Karlsruhe verstießen die im Wehrpflichtgesetz getroffenen Bestimmungen zwar nicht grundsätzlich gegen das uneingeschränkte Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung. Zugleich machten die obersten Richter jedoch Vorgaben für die richtige Auslegung des Wehrpflichtgesetzes, die der restriktiven Gewissensdefinition der Bundesregierung widersprachen. So hob das Bundesverfassungsgericht die strikte Unterscheidung zwischen situationsbedingter und grundsätzlicher Kriegsdienstverweigerung an entscheidender Stelle auf. Die jeweiligen historisch-politischen Umstände und Konstellationen, unter denen sich Wehrpflichtige zur Verweigerung des Wehrdienstes entschlossen, könnten nämlich immer nur „situationsbedingt“ sein. Deshalb müsse ein Wehrpflichtiger, der etwa aus Angst vor einem Atomkrieg zu der Einsicht gekommen sei, dass jeder bewaffnete Konflikt grundsätzlich abzulehnen sei, ebenfalls als Kriegsdienstverweigerer Anerkennung finden.¹⁵¹

b) Kein zweiter Reichsarbeitsdienst? – das parlamentarische Ringen um die Ausgestaltung des Zivildienstes, 1951–1960

Als der Bundestag im Januar 1960 das „Gesetz über den zivilen Ersatzdienst“ verabschiedete, lagen fast neun lange Jahre umfangreicher Planungen hinter dem Gesetzgeber, den beteiligten Ministerien und einer nicht unbeträchtlichen Zahl von Verbänden, Organisationen und Experten. Im Verlauf dieser Zeit hatte sich die ursprüngliche Konzeption für diese in Deutschland ja völlig neue Einrichtung grundlegend verändert. Nachdem die Regierung Adenauer aus zuerst noch sehr vagen Vorstellungen einen sehr etatistisch ausgerichteten Zivildienst nach skandinavischem Vorbild konzipiert hatte, stellte das Parlament den Gesetzesentwurf regelrecht auf den Kopf zugunsten eines Zivildienstes nach angloamerikanischer Prägung.

Dabei hatte es anfangs so ausgesehen, als würde es überhaupt kein eigenes Gesetz für den Wehersatzdienst der Kriegsdienstverweigerer geben.¹⁵² Erste Planungen gingen nämlich noch davon aus, die hierfür erforderlichen rechtlichen Bestimmungen in größeren Gesetzesvorhaben zu integrieren und nur mehr Ausführungsverordnungen für einen zivilen Ersatzdienst folgen zu lassen. Die Regierung Adenauer dachte dabei zuerst an ein umfassendes nationales Notdienstpflichtge-

¹⁵⁰ So auch die Einschätzung von: Kempfen, Art. 4, Abs. 3, S. 455.

¹⁵¹ Möhle/Rabe, Kriegsdienstverweigerer, S. 32–33.

¹⁵² Interner Vermerk des BMA, Ref. IIa, betr. Ziviler Ersatzdienst vom März 1955, Vermerk von MR Hermann Bues, Referat IIa des BMA, betr. Ersatzdienst für Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen vom 3. 5. 1955. In: Reg. BMFSFJ, 77001, Bd. 1.

setz für Männer wie Frauen, das sich damals gerade in Planung befand und das künftigen Wehrgesetzen zur Seite gestellt werden sollte.¹⁵³

Vor dem Hintergrund des immer deutlicher werdenden Kalten Krieges begann das seit 1949 vorerst für die Kriegsdienstverweigerung zuständige Bundesinnenministerium Überlegungen anzustellen, wie man im Fall eines Dritten, diesmal nuklear geführten Weltkriegs den zu erwartenden „Großnotständen“ im Inneren mit zivilen Mitteln begegnen könne.¹⁵⁴ Konkret hieß das passiver Luftschutz, Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung und Ambulanzdienste.¹⁵⁵ Das könne, so die Überzeugung von Walter Bargatzky, damals Ministerialrat im Innenministerium und später langjähriger Präsident des DRK, „nur durch zwangsweise Zuhilfenahme von Kräften aus der Bevölkerung“ geschehen.¹⁵⁶ Schnell dachten Mitarbeiter des Ministeriums dabei vor allem an Kriegsdienstverweigerer, für die man ohnehin noch nach Einsatzmöglichkeiten suchte. Der Vorteil dieser Lösung sei, dass dadurch Kriegsdienstverweigerer für die Öffentlichkeit nicht als gesonderte Gruppe in Erscheinung träten. So könne man das Thema Kriegsdienstverweigerung, das eine „derartige Abweichung vom Normalen“ darstelle, aus Gründen der Staatsräson möglichst klein halten.¹⁵⁷

Die Verknüpfung von Ersatzdienst und allgemeiner Dienstpflicht gaben die Verantwortlichen jedoch relativ früh auf. Eine allgemeine Dienstpflicht, das musste die Regierung Adenauer nach den Ergebnissen eines Rechtsgutachtens einsehen, verstieß gegen die Verfassung: Das Grundgesetz verbietet grundsätzlich Zwangsarbeit. Ausgenommen hiervon sind lediglich sporadisch anfallende traditionelle Dienstleistungen, zu denen etwa die Deichhilfs- oder die Straßenreinigungspflicht zählen.¹⁵⁸ Eine so in die individuelle Freiheit eingreifende dauerhafte Indienstrahmung, wie sie die gänzlich neue Einrichtung allgemeine Dienstpflicht dargestellt hätte, ließ sich darunter aber nicht fassen.¹⁵⁹ Die Pläne fanden dann auch nur mehr in wesentlich eingeschränkter Form ihre Umsetzung: im Zivilschutzgesetz von 1957 und als Teil der berühmt-berüchtigten Notstandsverfassung des Jahres 1968.¹⁶⁰

¹⁵³ Kurz hierzu: Patel, Soldaten, S. 419.

¹⁵⁴ Vermerk des BMI betr. Zuständigkeit für Fragen der Kriegsdienstverweigerung vom 29. 11. 1949. In: BArch, B 106, 28259, Bd. 1; Interner Vermerk von Ministerialrat Walter Bargatzky betr. Notdienstverpflichtungsgesetz vom 13. 2. 1952, BArch, B 106, 28222.

¹⁵⁵ Foerster, Innenpolitische Aspekte, S. 465.

¹⁵⁶ Interner Vermerk von Ministerialrat Walter Bargatzky betr. Gesetzgebungsprogramm von 1952 vom 8. 3. 1952 (in Abschrift). In: BArch, B 106, 28222.

¹⁵⁷ So der CDU-nahe und spätere Staatssekretär im Innenministerium Walter Bargatzky: Vertraulicher Vermerk des BMI, Ref. Z B 1, betr. Kriegsdienstverweigerer vom 23. 2. 1954. In: BArch, B 106, 28259, Bd. 1.

¹⁵⁸ Wahsner, Erfassung, S. 76–77, 93, 108–111.

¹⁵⁹ Vertraulicher Vermerk von Regierungsdirektor Dr. Reuscher betr. Vereinbarkeit eines „Notdienstgesetzes“ mit dem Grundgesetz vom 9. 8. 1952. In: BArch, B 106, 28222.

¹⁶⁰ Der durch das 17. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, die sog. Notstandsverfassung, eingefügte Artikel 12a des Grundgesetzes regelt Dienstverpflichtungen im Verteidigungsfall für Männer wie Frauen und greift damit massiv sowohl in bestehende öffentlich-rechtliche Dienst- als auch privatrechtliche Arbeitsverhältnisse ein. Den Zusammenhang von Wiederbewaffnung und Notstandsgesetzgebung behandelt die bisher beste Monographie zum Thema allerdings nur sporadisch: Schneider, Demokratie in Gefahr?, S. 35, 51. Ausführlicher ist: Wahsner, Erfassung, S. 11–15, 115–136.

Nachdem man diese Lösung aufgegeben hatte, entschlossen sich die beteiligten Ministerien, die Bestimmungen zum Zivildienst im Wehrpflichtgesetz von 1956 zu behandeln. Doch ein Umstand verhinderte auch das: Die Zeit drängte bereits für die Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes; eine weitere Verzögerung durch langwierige Arbeiten an einer völlig unbekanntem Gesetzesmaterie wollte man im Verteidigungsministerium nicht riskieren. Allein zwei grundsätzliche Aussagen zum Zivildienst traf deshalb die Wehrpflichtnovelle: Der künftige Ersatzdienst sollte grundsätzlich die gleiche Dauer haben wie der Wehrdienst und in ihm waren Aufgaben des „Allgemeinwohls“ wahrzunehmen.

Nach der Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes standen damit noch die gesamten Ausführungsbestimmungen für den zu schaffenden Zivildienst aus. Mit dieser Aufgabe tat sich das Kabinett Adenauer jedoch äußerst schwer.¹⁶¹ Das lag nicht zuletzt daran, dass kein Ressort diese Arbeit freiwillig übernehmen wollte. Denn das Ministerium, dem dieser „Schwarze Peter“ zufalle, so die Befürchtung, wäre später auch für die Ausführung des Zivildienstes zuständig und damit auch für die Kriegsdienstverweigerer. Gegen dessen entschiedenen Widerstand fiel in einer Sitzung des Bundesverteidigungsrats die Wahl nach langem hin und her zwischen den Ressorts auf das Verteidigungsministerium unter Franz Josef Strauß.¹⁶²

In ihrer Detailplanungen für einen Zivildienst ließ sich die Hardthöhe sehr stark vom estatistischen kontinentaleuropäischen Vorbild leiten. Das angloamerikanische Gegenmodell lehnten die beteiligten Ministerien vor allem deshalb ab, weil es letztlich nicht schwer genug sei. „Dem Drückebergertum würde Vorschub geleistet werden“ mit so vermeintlich leichten Aufgaben wie dem Pflagedienst.¹⁶³ Stattdessen sollten Aufgaben „ausgesucht werden, die vorwiegend starke körperliche Beanspruchung“ erforderten und, wenn irgend möglich, zugleich auch gefährlich seien. Passende Tätigkeitsfelder in der Bundesrepublik könnten sein: die Katastrophenhilfe, der passive Luftschutz, der Bergbau sowie die „Kultivierung von Ödland“ (etwa Moorarbeiten) und die „Neulandgewinnung“, (d.h. der Deichbau), beides Aufgabengebiete des früheren Reichsarbeitsdienstes.¹⁶⁴

Zur Abschreckung waren Zivildienstpflichtige zudem in Arbeitsuniform zu stecken und „in Formationen zusammenzufassen, gemeinsam unterzubringen und, soweit möglich, gemeinsam einzusetzen“.¹⁶⁵ Die Detailplanungen sahen dazu „verlegbare Barackenlager“ für Gruppen von jeweils 150 Mann vor. Das war genau die personelle Stärke, die auch die Arbeitsdienstabteilungen im ehemaligen Reichsarbeitsdienst besessen hatten, von dem das Innenministerium sogar die

¹⁶¹ Vermerk des Referats III/4, BMVtg., betr. ressortübergreifende Besprechung über den zivilen Ersatzdienst vom 30. 12. 1954. In: Reg. BMFSFJ, 77001, Bd. 1.

¹⁶² Entwurf eines Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst als Anhang eines Schreibens des BMVtg., Franz-Josef Strauß, an die Bundesminister, den Chef des Bundesministerialamts und den Präsidenten des Bundesrechnungshofs betr. Entwurf eines Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst vom 29. 12. 1956. In: BA-MA, BW/2 1138.

¹⁶³ Zweiter Vorentwurf eines Ersatzdienstgesetzes o.D.; Internes Schreiben der Abt. V, BMVtg., an die Abteilung VIII betr. Entwurf Ersatzdienstgesetz vom 4. 9. 1956. In: Reg. BMFSFJ, 77001, Bd. 2.

¹⁶⁴ Vermerk des BMA, II a, betr. Ersatzdienst für Wehrdienstverweigerer vom 4. 12. 1954. In: Reg. BMFSFJ, 77001, Bd. 1. Zum RAD: Patel, Soldaten, S. 308, 311, 341.

¹⁶⁵ Memorandum des BMVtg., Abt. VIII, betr. Frage des Ersatzdienstes vom 13. 3. 1956. In: Reg. BMFSFJ, 77001, Bd. 1.

Dienstbezeichnungen übernehmen wollte.¹⁶⁶ Kontrolliert werden sollten die Gruppen von einem eigenen Bundesamt und von staatlichem Personal vor Ort, das sich aus ehemaligen Angehörigen des Bundesgrenzschutzes oder der Wehrmacht rekrutieren und Erfahrung in der „Menschenführung“ haben sollte. Selbst an sog. „131er“ war gedacht, d.h. an Beamte, die nicht zuletzt aufgrund der alliierten Entnazifizierung ihre Stellung verloren hatten und im neuen westdeutschen Staat aufgrund einer äußerst großzügigen Bestimmung im Grundgesetz, nämlich dem Artikel 131, wieder eingestellt wurden.¹⁶⁷ Einige Beamte im Arbeitsministerium, die bereits im Nationalsozialismus für den Reichsarbeitsdienst zuständig gewesen waren, wollten sogar auf ehemalige Mitglieder des RAD, namentlich Arbeitsführer Paul Seipp,¹⁶⁸ zurückgreifen. Von denen hatten etliche ihre Hilfe beim Wiederaufbau des Reichsarbeitsdienstes angeboten, der wie vor 1945 harte körperliche Arbeit mit „Leibeserziehung“, „staatsbejahendem“ staatsbürgerlichem Unterricht und „Pflege von Brauchtum, Lied und Spiel“ verbinden sollte.¹⁶⁹ Derartige Personalvorschläge gingen der Leitung des Arbeitsministeriums dann allerdings doch zu weit.¹⁷⁰

Eine solche strikte Ausgestaltung des künftigen Wehrersatzdienstes verlange die verfassungsrechtlich gebotene „Gleichheit der Lasten“, so das vorgeschobene Sachargument.¹⁷¹ Diskriminierungs- wie Bevorzugungsverbot legten einen Zivildienst nahe, der sich im Hinblick auf Aufgaben und Organisation sowie Rechte und Pflichten stark an der „Natur“ des Wehrdienstes orientieren müsse, wie ein Memorandum aus dem Jahr 1956 erklärte. Deswegen seien auch gewisse Grundrechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung oder der politischen Betätigung einzuschränken. Den Anordnungen von Vorgesetzten müsse deswegen ebenfalls unbedingt Folge geleistet werden.¹⁷²

Noch auf dem Weg zum Regierungsentwurf kam es jedoch zu mehreren bemerkenswerten Veränderungen. Wie sich nämlich herausstellte, war die angestrebte völlige Gleichbehandlung von Wehr- und Zivildienstleistenden aus rechtlichen Gründen gar nicht zulässig. Es bestehe grundsätzlich nur die „unmittelbare“ und „unvermeidbare“ Notwendigkeit, Gleiches gleich zu behandeln; Ungleiches müsse sogar ungleich behandelt werden, beschieden die Rechtsabteilungen der an den Planungen beteiligten Ministerien.¹⁷³ Maßnahmen, die für den militärischen

¹⁶⁶ Im BMI ging man sogar davon aus, dass dieses Personal einmal das Führungspersonal eines „allgemeinen freiwilligen Arbeitsdienstes“ bilden könnte, „falls ein solcher einmal wieder eingerichtet werden sollte“: Vertraulicher Vermerk des BMI, Unterabteilung Z B 1, betr. Ziviler Ersatzdienst für Kriegsdienstverweigerer vom 25. 5. 1954. In: BArch, B 106, 28259, Bd. 1. Zum RAD und seiner Organisation: Pommerin, Reichsarbeitsdienst, S. 664; Patel, Soldaten, S. 126.

¹⁶⁷ Grundlegend hierzu: Wengst, Beamtentum.

¹⁶⁸ Patel, Soldaten.

¹⁶⁹ So der Vorschlag eines ehemaligen Lagerführers im RAD: Schreiben von Hans Rumland an General a.D. Speidel vom 22. 5. 1955. In: BA-MA BW/2 1138.

¹⁷⁰ Interner Vermerk des Unterabteilungsleiters II a, BMA, an Ministerialdirektor Dr. Petz vom 17. 1. 1957. In: Reg. BMFSFJ, 77001, Bd. 7.

¹⁷¹ Vermerk des BMVtg., III/4, für Abteilungsleiter III, vom 28. 3. 1955. In: BA-MA, BW 1/15892.

¹⁷² Memorandum des BMVtg., Abt. VIII, betr. Frage des Ersatzdienstes vom 13. 3. 1956. In: Reg. BMFSFJ, 77001, Bd. 1.

¹⁷³ Barth, Eberhard: Einsatz für das Gemeinwohl. Der Entwurf eines Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 31. 1. 1957, S. 177–178.

Bereich durchaus begründet seien, ließen sich auf den Zivildienst nicht anwenden. Das verbiete der eindeutig zivile Charakter des Wehrersatzdienstes.

Dieses Veto hatte zwar keine Konsequenzen für die Organisation des künftigen Dienstes, wohl aber für die Bestimmungen zu den Rechten und Pflichten der Kriegsdienstverweigerer. Für die Proteste um das Jahr 1968 war insbesondere bedeutsam, dass der Gesetzgeber die entsprechenden Bestimmungen aus der Wehrdisziplinar- und Strafordnung für den Zivildienst nicht vollständig übernahm. Verweis, Ausgangsbeschränkungen und Kürzung des Soldes blieben auch nach längeren Diskussionen die einzigen Disziplinarmaßnahmen. Dagegen verwarf man den militärischen Arrest oder Ähnliches, obwohl einige Ministerialbeamte ein solches „empfindliches Strafübel“ unter Verweis auf mögliche Widerstandshandlungen von Kriegsdienstverweigerern vehement gefordert hatten.¹⁷⁴ Diese Mittel seien ausreichend, um Disziplin und Ordnung aufrechtzuerhalten, so die Begründung.¹⁷⁵

Aus dem gleichen Grund blieb man selbst bei den strafrechtlichen Delikten hinter den militärrechtlichen Vorgaben zurück. Nur die sog. Eigenmächtige Abwesenheit, d.h. das kurzfristige Fernbleiben vom Dienst ohne Entschuldigung, die „Dienstflucht“ und die „Befehlsverweigerung“ waren als Delikte mit dem gleichen Strafmaß zu ahnden wie im Wehrstrafgesetz.¹⁷⁶ Die Tatbestände der „Meuterei“ oder des tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten – in den Vorentwürfen noch aufgelistet – entfielen hingegen.¹⁷⁷

Die mehrmals überarbeiteten Vorentwürfe mündeten schließlich in die Kabinettsvorlage vom Dezember 1956.¹⁷⁸ Dabei konnte auch die „leidige Frage“, welches Ressort mit der Durchführung des Dienstes zu betrauen war, endgültig geklärt werden: Unter Protest wechselte die Zuständigkeit vom Verteidigungs- zum Arbeitsministerium.¹⁷⁹

Als der Entwurf dann Anfang 1957 in das Parlament eingebracht wurde, geschah Erstaunliches.¹⁸⁰ Obwohl CDU und CSU in der folgenden Wahl die absolute Mehrheit erringen konnten, veränderten Bundesrat und vor allem Bundestag den Regierungsentwurf in vielen Punkten so grundlegend, dass das schließlich im Januar 1960 in Kraft getretene Gesetz über den zivilen Ersatzdienst kaum noch Ähnlichkeiten mit den ersten Überlegungen der Regierung Adenauer aufwies. In den dreijährigen parlamentarischen Beratungen näherte sich der Gesetzesentwurf stark dem angelsächsischen Vorbild an, behielt jedoch einige etatistische Elemente. Die Veränderungen betrafen alle Bereiche des Dienstes: die Organisation,

¹⁷⁴ Internes Schreiben der Abt. V, BMVtg., an die Abteilung VIII betr. Entwurf Ersatzdienstgesetz vom 4. 9. 1956. In: Reg. BMFSFJ, 77001, Bd. 2.

¹⁷⁵ Bues, Kommentar, S. 103.

¹⁷⁶ Schreiben des Innenministers an den Verteidigungsminister betr. Gesetz über den zivilen Ersatzdienst vom 10. 12. 1956. In: Reg. BMFSFJ, 77001, Bd. 2 bzw. Bd. 7. Zur Geschichte des Wehrstrafrechts nach 1945 kurz: Garbe, Von „Furchtbaren Juristen“, S. 65–74.

¹⁷⁷ Bues, Kommentar, S. 35.

¹⁷⁸ Kabinettsvorlage von Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß an den Staatssekretär des Bundeskanzleramts betr. Entwurf eines Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst vom 29. 12. 1956. In: Reg. BMFSFJ, 77001, Bd. 3.

¹⁷⁹ Die Kabinettsprotokolle, Bd. 10, S. 78.

¹⁸⁰ Entwurf eines Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst vom 6. 5. 1957. In: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 2. WP. Anlagen, Bd. 52, Drs. 3485.